: antifaschistische nachrichten

Nr. 18

g 3336 15.9.2016 32. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €

www.antifaschistische-nachrichten.de

# Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern

## Eine erste Analyse zum zum 4. September 2016

| "Wer wählte was?" bei Infratest dimap | SPD | AfD | CDU | LINKE | Grüne | NPD |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Männer | 27% | 26% | 18% | 12% | 5% | |
| Frauen | 33% | 17% | 20% | 13% | 5% | |
| einfache Bildung | 31% | 30% | 18% | 9% | 2% | 7% |
| hohe Bildung | 30% | 16% | 20% | 14% | 9% | 1% |
| **nach Tätigkeit (Stimmenanteile unter den wählenden …)** | | | | | | |
| Arbeiter | 26% | 34% | 13% | 9% | 3% | 6% |
| Angestellte | 29% | 18% | 21% | 13% | 7% | 2% |
| Selbstständige | 19% | 28% | 24% | 9% | 7% | 4% |
| Rentner | 39% | 20% | 19% | 15% | 2% | 2% |
| Arbeitslose | 21% | 30% | 13% | 14% | 5% | 10% |
| **Altersgruppen** | | | | | | |
| 18-24 | 21% | 16% | 15% | 14% | 10% | 6% |
| 25-34 | 23% | 22% | 16% | 11% | 7% | 7% |
| 35-44 | 24% | 25% | 20% | 10% | 6% | 4% |
| 45-59 | 28% | 23% | 20% | 12% | 5% | 2% |
| 60-69 | 35% | 22% | 19% | 15% | 3% | 2% |
| 70 und älter | 43% | 15% | 20% | 17% | 2% | 1% |
| Erstwähler | 21% | 13% | 16% | 14% | 11% | 5% |
| 60 und älter | 38% | 19% | 19% | 15% | 2% | 1% |
| Kurzentschlosse | 35% | 15% | 17% | 12% | | |

### 1. Das Ergebnis im Überblick

#### 1.1. Verteilung der gültigen Stimmen und Mandate

Die AfD als Gewinnerin der Wahl zieht in den neunten Landtag ein, wird zweitstärkste Kraft, überholt erstmals die Union, verfehlt aber das Ziel, stärkste Partei zu werden. Auch bleibt sie deutlich unter dem Ergebnis in Sachsen-Anhalt.

Die SPD verliert über 5 Prozentpunkte, bleibt dank des Ministerpräsidenten aber deutlich stärkste Partei und kann das Land weiterregieren.

DIE LINKE verfehlt nahezu alle Wahlziele, erreicht ihr bisher schlechtestes Ergebnis im Land und stellt künftig die kleinste Fraktion. Sie verlor rund 19.000 Zweitstimmen oder 15,4% ihrer Wähler und Wählerinnen. Allein das Ziel Regierungsbeteiligung wäre rechnerisch trotz der Verluste möglich.

Ähnlich gebeutelt geht die Union aus den Wahlen hervor. Von der AfD im „Merkelland“ auf Platz drei verwiesen worden zu sein, ist eine Niederlage von hoher politischer Symbolkraft.

Die bisherige Regierungskoalition von SPD und CDU verliert drei Mandate, hat mit 42 Mandaten aber eine komfortable Mehrheit. Auch SPD und LINKE hätten mit zusammen 37 Mandaten eine Mehrheit gegenüber den 34 Mandaten von AfD und Union.

#### 1.2. Wahlbeteiligung und Rückhalt der Parteien

Die Wahlbeteiligung lag mit 61,6 % deutlich über den 51,5 % der letzten Landtagswahl, aber ähnlich deutlich noch unter der Wahlbeteiligung bei der letzten Bundestagswahl (65,3%) wie bei den drei Landtagswahlen im März. Es ist also unzutreffend, von einem Anstieg der Wahlbeteiligung zu sprechen, ohne dabei den Bezug zur letzten Landtagswahl zu

*Fortsetzung Seite 2*

## Rücktritt beim SZW

STUTTGART. Der bisherige Präsident des „Studienzentrum Weikersheim“ (SZW), Harald Seubert, ist von seinem Amt zurückgetreten. Auf seiner eigenen Internetseite erklärte Seubert am 31.Juli: „Ich sehe mit Besorgnis und Entsetzen, wie „Bewegungen“ wie die AfD und PEGIDA, unter Berufungen auf „Abendland“ und gesellschaftliche Homogenität eine Unkultur von Ressentiment und Hass neu aussäen. Die widerlichste Ausgeburt dieser Tendenzen ist ein neuer oder gar nicht neuer deutscher Antisemitismus, der es natürlich nicht sein möchte“. Seuberts Position, „jedwede Berührung des SZW mit diesen Tendenzen eindeutig zu verneinen“, sei „bis in den engeren Kreis des Präsidiums hinein nicht geteilt worden, ohne dass ihr offen widersprochen worden wäre“. Diesen Grunddissens habe er nicht länger ignorieren können, so der in Basel lehrende Philosophieprofessor. „Nur in einem Austausch zwischen Kulturen und nicht zuletzt Religionen“ habe „die in schwere Krisen geratene Welt eine Chance“, so Seubert. „Zu lernen, in an other voice zu reden und zu denken, wird der Probierstein eines künftigen Humanum sein. Dass vor diesem Hintergrund die undifferenzierte Verurteilung des Islam als eines „Totalitären Systems“ in nichts gerechtfertigt ist, ist überflüssig hinzuzufügen“, erklärte er.

*hma* ■

## Scheil eingeladen

OBERHAUSEN. Die „Landsmannschaft Ostpreußen“ in NRW hat zu ihrer „Herbsttagung“ am 29. Oktober in Oberhausen den Historiker Dr. Stefan Scheil eingeladen. Scheil, Autor des Buches „Präventivkrieg Barbarossa“ und Autor der Wochenzeitung „Junge Freiheit“, werde über seine aktuellen Forschungen informieren, heißt es in der Ankündigung.

*hma* ■

## Prozess gegen Haverbeck

DETMOLD. Die Geschichtsrevisionistin Ursula Haverbeck (87) aus Vlotho ist am 2. September vom Detmolder Amtsgericht wegen „Volksverhetzung“ zu einer Freiheitsstrafe von acht Monaten ohne Bewährung verurteilt worden. Verurteilt wurde Haverbeck wegen eines Briefes,

*Fortsetzung Seite 4*

### Aus dem Inhalt:

**Hells-Angels-Szene in der AfD** 6
**Migrationspolitik in Calais und Paris** 7

*Fortsetzung von Seite 1*

nennen. Da bundespolitische Themen den Wahlkampf stark prägten, war mit einem Anstieg in Richtung Beteiligungsquoten bei Bundestagswahlen zu erwarten. Die Spreizung der Wahlbeteiligung auf Wahlkreisebene betrug etwa 14 Punkte, zwischen der Quote im Wahlkreis Vorpommern-Rügen IV (57,7%) und dem Wahlkreis Rostock III (71,8%). Misst man die Stärke der Parteien nicht an der Summe der gültigen Stimmen, sondern an der Zahl der Wahlberechtigten, erhält man ein realistischeres Bild der Verankerung von Parteien und Politik im Land. Die vergangene Landesregierung wurde von 29 % der Wahlberechtigten gewählt, sollten SPD und Union erneut regieren, würden sie dank der höheren Wahlbeteiligung von 30% der Wahlberechtigten unterstützt.

## 2. Eine erste Bewertung

Mecklenburg-Vorpommern ist keine Insel, sondern ein fester Bestandteil der bundesdeutschen Gesellschaft und ihres politischen Systems. Bereits bei der Bundestagswahl 2013 und der Wahl zum Europäischen Parlament 2014 kündigte sich auch hier wie in den anderen Bundesländern der Umbruch im Parteiensystem an. Es gab keinen Anlass, von dieser Landtagswahl eine Trendwende zu erwarten. Das Ergebnis liegt im Trend der vorherigen Wahlausgänge und bestätigt die These, dass das Parteiensystem einen tiefen Umbruch erlebt und eine politische Neuorientierung ganzer Wählerschichten, womöglich sozialer Milieus stattfindet. Es ist davon auszugehen, dass diese Dynamik anhalten wird und die Phase der Neuordnung der Verhältnisse zwischen den Parteien erst noch kommen wird. Jedenfalls wurden mit dieser Wahl alle Hoffnungen enttäuscht, die Erfolgswelle der AfD würde rasch brechen, wenn die Zahl der ankommenden Geflüchteten zurückgehe und die Notunterkünfte nach und nach aufgelöst werden würden.

Keine der parlamentarischen Parteien konnte bisher eine erfolgreiche Strategie im Umgang mit der AfD entwickeln. Die Gewinne der AfD entsprechen dem Muster anderer Landtagswahlen: Gewinne von allen Parteien, insbesondere auch den Klein-Parteien, Mobilisierung von bisherigen Nichtwählern bei Landtagswahlen durch bundespolitische Themen. Als gescheitert betrachtet werden müssen die in allen Parteien vertretenen Strategien, die Abwanderung von Bürgerinnen und Bürgern durch Aufgreifen der Tonlage, der Wortwahl und der Inhalte der AfD stoppen zu können. Anbiederung und andere Formen des Ähnlichkeitswettbewerbs nutzen nur dem Original.

Zu den bestätigten Phänomenen dieser Umbruchszeit zählt des Weiteren eine wachsende Orientierung an der regierenden Persönlichkeit. In unübersichtlichen Zeiten zählt das Vertrauen in eine Person umso mehr, zumindest nach einer ersten Regierungsperiode zog die Person in allen vier Wahlen die regierende Partei mit und nicht umgekehrt.

Die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern war erneut eine Landtagswahl, in der bundespolitische Themen, die die Zukunft des ganzen Landes betreffen, dominierten. Entsprechend lag die Wahlbeteiligung auch in Mecklenburg-Vorpommern deutlich über dem Niveau einer normalen Landtagswahl, blieb aber unter dem Niveau von Bundestagswahlen. Ob die AfD also tatsächlich politikferne und notorische Nichtwähler mobilisiert, lässt sich nicht belegen, wohl aber, dass sie bundespolitisch interessierte Bürgerinnen und Bürger, die die letzte Landtagswahl mieden, mobilisiert. Da die anderen Parteien dieses bundespolitische Spielfeld eher mieden und auf Landesthemen orientierten, entstand eine Schieflage zu Gunsten der AfD in einem Teil der Wählerschaft.

Die Krise der Flüchtlingspolitik, die sowohl durch die hohe Zahl der Geflüchteten im vergangenen Jahr als auch durch Merkels „Wir schaffen das“ und Grenzöffnung angesichts der humanitären Notlage offensichtlich wurde, wirkte wie ein Katalysator, an dem sich eine Vielzahl von Unzufriedenheiten mit der Regierungspolitik entzündeten. Im Kern handelt es sich um Fragen der politisch und gesellschaftlich dominierenden Lebensführungsmodelle und des Status, des Platzes in der gesellschaftlichen Hierarchie, um Fragen also nach der eigenen Bedeutung und dem Stellenwert für Politik und Regierung. Die Zuwanderung, insbesondere die Zuwanderung aus Weltregionen, in denen die islamische Religion dominant ist, radikalisiert, was seit Christian Wulff's „Der Islam gehört zu Deutschland“ virulent ist und auf Resonanz hofft: Wohin steuert die Politik dieses Land? Wo ist mein Platz in diesem Land, in der Politik? Nach welchen Regeln funktioniert das Zusammenleben? Spätestens seit dem 11.09.2001 dient „der Islam“ dafür als Projektionsfläche, als äußerer Feind, gegen den die innere Formierung zur Wertegemeinschaft sich richtet.

Es wäre aber falsch, allein auf die aufgeworfenen Fragen nach der Zukunft des Landes abzustellen, „Besorgnisse“ und „Ängste“ ernst zu nehmen. Es sind auch – ausdrücklich oder indirekt – Antworten im Spiel. Statt des Merkel'schen „Wir schaffen das“ hätte sie auch sagen können, dass man sich von weinenden Kinderaugen nicht erpressen lassen könne (so die österreichische Innenministerin) und das dosierte Herzlosigkeit und Brutalität an der Grenze besser sei als undosierte Aufnahmepolitik. Das jedenfalls ist die Konsequenz der AfD-Positionen: die Probleme der Welt, die der Exportweltmeister in Teilen mit verursacht, vom Land durch rigide Abschottung fernhalten, kultureller, nationaler und sozialer Protektionismus gegen die globale Verflechtungen.

Die AfD nährt sich von allen Parteien. Unter den Anhängern aller Parteien fanden und finden sich Bürger und Bürgerinnen, die die Verteidigung von Etabliertenvorrechten für wichtiger halten als das Grundgesetz, die als demokratisch nur durchgehen lassen, was ihren Wünschen entspricht und die vermeintliches „Parteiengezänk“ durch autoritäre Führung ersetzen wollen. Sie wurden angezogen vom neuen politischen Protest-Magneten AfD. Ursache dafür ist nicht allein die Flüchtlingspolitik. Die Flüchtlingspolitik konnte anders als 1991/92 diese Wirkung entfalten, weil mit der AfD bereits an anderen Fragen (Bankenrettungspolitik) eine Partei entstanden war, die sich als politische Sammlungsbewegung anbot. Denn die Frage nach der Zukunft des Landes ist immer auch die Frage nach der Zukunft der eigenen Region, des Dorfes, der Kleinstadt, des Berufes und ob man mit seinen Vorstellungen vom richtigen Leben politische Resonanz erhält.

**Sorgen über die Folgen der Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland**

| Ich habe Sorge, dass... | Gesamt | AfD-Anhänger |
|---|---|---|
| der Einfluss des Islam in Deutschland zu stark wird | 59% | 96% |
| die Kriminalität ansteigen wird | 56% | 92% |
| sich die Art und Weise, wie wir in Deutschland leben, zu stark verändern wird | 51% | 93% |
| die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt größer wird | 46% | 65% |
| die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt steigen wird | 31% | 39% |

**Themen für die Wahlentscheidung (Mehrfachnennung möglich)**

| Thema | |
|---|---|
| Zuwanderung / Integration / Umgang mit Flüchtlingen | 35% |
| Soziale Gerechtigkeit / Sozialpolitik | 27% |
| Arbeitsmarkt / Arbeitslosigkeit | 20% |
| Wirtschaft | 15% |
| Familienpolitik / Jugendpolitik | 13% |
| Schule und Bildung | 12% |
| Kriminalität / Innere Sicherheit | 10% |
| Energiepolitik / Energiewende | 4% |
| Verkehr / Straßen / Infrastruktur | 4% |



Die Umbrüche im Parteiensystem betreffen zuallererst die Union. Mit der AfD beginnt sich eine Partei rechts von ihr zu etablieren. Erstmals wird sie in Mecklenburg-Vorpommern von der AfD überholt und erzielt ihr bisher schlechtestes Ergebnis. Die Hinweise, dass dies aus- gerechnet im Stammland der Kanzlerin geschieht, deuten auf harte Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs hin, die bevorstehen. Mit der Strategie der asymmetrischen Demobilisierung hat Merkel der SPD den weiteren Weg in der Mitte verbaut, die Besetzung moderner Themen hat aber einen Teil der traditionellen konservativen Wählerschichten entfremdet und politisch entheimatet. Zu erwarten ist, dass die Union am Ende mit einer Wertedebatte den Konservatismus neu beleben wird.

Zu den großen Verlierern des Wahlabends zählt erneut DIE LINKE. Das Ergebnis war mit Abstand des schlechteste bei Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Sie stellt zukünftig die kleinste Fraktion im Landtag. Das Ergebnis liegt im Trend der vorherigen Wahlergebnisse. Es wird sich trefflich darüber streiten lassen, ob es daran lag, dass die Partei im Wahlkampf zu viel oder zu wenig Landespolitik herausgestellt habe, zu viel oder zu wenig Bundespolitik, Gestaltungswillen oder Protesthaltung. Zusammen mit den SPD-Wählern (21 %) nannten die LINKE-Wähler (22 %) die Bundespolitik deutlich seltener als wahlentscheidend als die Wähler anderer Parteien (Spitzenreiter: AfD-Wähler mit 60 %). Tatsächlich wäre es vielleicht an der Zeit eine andere Frage zu stellen, eine andere strategische Hypothese zu prüfen: Offensichtlich ist die Partei nicht mehr die erste Adresse für Proteststimmen wie bei den Bundestagswahlen 2005 und 2009. Bereits bei der Wahl 2013 deutete sich an, dass die AfD diese Position einnehmen könnte. Proteststimmen sind Stimmen gegen etwas. Sie suchen sich die Partei, deren Erfolg am meisten Erregung und Aufsehen in den Medien und bei den anderen Parteien verspricht. Parteien, die als Projektionsfläche für verschiedenste Proteststimmen dienen, haben ein bestimmtes Zeitfenster zur Verfügung, um diese Proteststimmen inhaltlich an sich zu binden, aus dem Protest gegen etwas einen „politischen Willen“, ein politisches Anliegen zu formen, politisch den Schritt von Zorn, Verbitterung, Ablehnung zu politischem Handeln für Veränderung erfolgreich zu vollziehen. Gelingt dies nicht, zieht dieser Protest weiter. Insofern wären die Wahlergebnisse eine Konsequenz von Versäumnissen und von Scheitern und die Diskussion um die Positionierung im und nach den Umbrüchen im Parteiensystem neu zu stellen.[2] Helmut Holter führte kurz vor den Wahlen an, man sei gegen die (von der AfD geschaffenen) „Stimmung“ nicht durchgedrungen. Wenn sich Linke gegen rechte Stimmungen nicht behaupten können, ist das Problem womöglich schon mehr als „ernsthaft“ (Dietmar Bartsch).

### 3. Einzelne Aspekte des Wahlergebnisses

Die AfD gewinnt in Landkreis Vorpommern-Greifswald drei Direktmandate, die SPD gewinnt hier ein Direktmandat in einem ländlichen Kreis und das Mandat in der Universitätsstadt Greifswald. In der Stadt Greifswald schneidet die AfD unterdurchschnittlich ab, in den umliegenden Landkreisen hingegen sehr deutlich über dem Durchschnitt, z.B. mit 32,3 % Zweitstimmen in Greifswald-Vorpommern III. Die Union gewinnt nur noch sechs Direktmandate. Die Sozialdemokraten gewinnen alle anderen Direktmandate. Blickt man lediglich auf die Direktmandate, hat sich „rot“ nach Osten ausgedehnt. DIE LINKE erzielt ihre besten Ergebnisse – zwischen 15,3 % und 18,8 % der Zweitstimmen in den Städten Neubrandenburg, Rostock und Schwerin, ihre schlechtesten Ergebnisse von unter 12 % in den Wahlkreisen der Landkreise Rostock, Vorpommern-Rügen, Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg. DIE LINKE erzielt mit landesweit 14,9 % Erststimmen ein besseres Ergebnis als bei den Zweitstimmen, kann aber kein einziges Direktmandat gewinnen. Über 20 % der Erststimmen und damit in annähernder Konkurrenz um das Mandat kam Thorsten Koplin in Neubrandenburg I (22,7%), Karsten Kolbe in Rostock II (21,6%), Eva-Maria Kröger in Rostock III (20,6%) und Helmut Holter in Schwerin II (21,6 %). Gewonnen wurden die Wahlkreise jeweils von einem SPDler. Die AfD schneidet in Mecklenburg zum Teil deutlich unterdurchschnittlich und schlechter ab als in Vorpommern, in städtischen Wahlkreisen

### 4. Aspekte des sozioökonomischen Rahmens der Wahlentscheidungen

Mecklenburg-Vorpommern zählt zu den schrumpfenden Regionen Deutschlands. Die Einwohnerzahl sank von 2005 bis 2014 nochmals um rund 110.000 Personen oder knapp 6,5 % auf rund 1,6 Millionen. Knapp 25 Jahre zuvor waren es einmal 2 Millionen. Statt 227 Einwohner wie im Bundesdurchschnitt lebten in Mecklenburg-Vorpommern lediglich 69 Einwohner je Quadratkilometer – der mit Abstand niedrigste Wert in Deutschland. Auch bei anderen wirtschaftlichen und sozioökonomischen Indikatoren, mit denen hierzulande der Zustand von Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Einkommen und Armut vermessen wird, liegt Mecklenburg-Vorpommern hinten. Eine ganze Generation ist mittlerweile mit dieser „Botschaft“ und den entsprechenden Erfahrungen der Älteren aufgewachsen: Das Land, in dem man lebt, liegt „hinten“ und seit einer Generation ändert sich daran nichts. Gegen dieses „Erfahrungswissen“ richten zarte Kehrtwendungen wie eine jüngst leicht gewachsene Bevölkerungszahl oder zuletzt positive Wirtschaftsdaten nichts aus, zumal letztere deutlich schwächer ausfallen als in anderen Regionen.

Hinzu kommt, dass Mecklenburg-Vorpommern ein sich wirtschaftlich spaltendes Land, ein Land der sozialräumlich ausgeprägten ungleichzeitigen Entwicklung ist. In den letzten 15 Jahren begannen sich traditionelle Verflechtungen von Wirtschaft und Arbeitsmarkt wieder deutlicher bemerkbar zu machen. Im westlichen Teil des Landes, in großen Teilen Mecklenburgs, insbesondere die Landkreise Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim, entstanden die funktionalen Verflechtungen als „Hinterland“ zum metropolitanen, mit globalen Wertschöpfungsketten verbundenen Wirtschaftsraum Hamburg neu. Auf der östlichen Seite, in Vorpommern, insbesondere in den Kreisen Vorpommern-Greifswald und Vorpommern Rügen entstanden die Verflechtungen zum polnischen Szczecin nicht und konnten weder durch die Greifswalder Universität noch durch Orientierungen auf Rostock und Warnemünde kompensiert werden.

Während in der gesamten Bundesrepublik die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Ende 2015 um 11 % höher lag als Ende 2000, in Baden-Württemberg sogar um 14,4 % höher, lag sie in Mecklenburg-Vorpommern um 5,8 % unter dem Niveau Ende des Jahres 2000.

Die Lohndruckpolitik im Rahmen der Restrukturierung des deutschen Exportmodells durch die Agenda 2010-Politik führte zu einem dramatischen Einkommensverlust in der Einkommensklasse des „instabilen Wohlstandes“. In Mecklenburg-Vorpommern wurde sie mehr als halbiert.

Von diesen sozioökonomischen Daten führt keine Kausalkette zu einem bestimmten Wahlverhalten, wohl aber tragen sie dazu bei, eine bestimmte Sicht auf die Verhältnisse, in denen man sein Leben führt und die damit verknüpften Perspektiven zu erklären. Zum Beispiel die „bittere Bilanz“ von Bärbel Krotz (66) in Ahlbeck am Stettiner Haff: „Hier gibt es nichts mehr. Hier gibt es nur noch Frust. Und so sieht es fast überall aus. Wir haben so die Nase voll. Das kann man sich außerhalb gar nicht vorstellen.“ (Berliner Zeitung, 31.8.2016)

*Horst Kahrs* ■
*Rosa-Luxemburg-Stiftung*
*Datenstand: 05.09.2016, 00:55*

*Fortsetzung von Seite 1*

in dem diese „die offizielle Geschichtsschreibung", „insbesondere im Zusammenhang mit dem Konzentrationslager Auschwitz" kritisiert habe, heißt es auf der Internetseite von „Die Rechte". Haverbeck „fehle jegliche Einsicht", so die Richterin. Es bestehe „keine Chance auf Besserung". Die von zahlreichen Sympathisanten begleitete Haverbeck war erst im Herbst vergangenen Jahres vom Amtsgericht Hamburg aufgrund eines TV-Gespräches zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt worden. Das Urteil des Amtsgerichts Hamburg ist noch nicht rechtskräftig und auch bezüglich des neuen Urteils aus Detmold will Haverbeck Berufung einlegen. In Bad Oeynhausen und Verden/Aller stehen in den Monaten Oktober und November bereits weitere Prozesse gegen Haverbeck an.

*hma* ■

## „NSU-Watch NRW" fordert öffentliche Thematisierung des Wehrhahn-Anschlags im NSU-Untersuchungsausschuss NRW

KÖLN. Bei einem bis heute unaufgeklärten Sprengstoffanschlag auf der Fußgängerbrücke des Düsseldorfer S-Bahnhofs Wehrhahn wurden am 27. Juli 2000 zehn Menschen zum Teil schwer verletzt.[1] Die Ermittlungen rund um diesen „Wehrhahn-Anschlag" sind explizit Teil des Untersuchungsauftrags des im Herbst 2014 durch den NRW-Landtag eingerichteten Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zum Themenkomplex NSU[2]. Während alle anderen im Untersuchungsauftrag formulierten Fälle zwischenzeitlich mehr oder weniger abgearbeitet worden sind, hat bisher keine einzige öffentliche PUA-Sitzung zum Thema Wehrhahn-Anschlag stattgefunden. Auch gibt es keinerlei Verlautbarungen darüber, wann bzw. ob dieses noch geschehen soll, obwohl ein Ende der ZeugInnenvernehmungen noch im Herbst 2016 absehbar ist.

Die unabhängige, ausschließlich spendenfinanzierte Initiative „NSU-Watch NRW"[3], die von Beginn an die Arbeit des PUA dokumentiert und kritisch begleitet hat, sieht die große Gefahr, dass das Thema Wehrhahn hinten über fällt, also nicht mehr im erforderlichen Umfang behandelt wird.

Anlässlich der nach der Sommerpause am 9. September anstehenden Wiederaufnahme der Arbeit des PUA weist „NSU-Watch NRW" hiermit auf diesen Umstand an.

Maria Breczinski, Sprecherin von „NSU-Watch NRW": „Wir fordern den PUA dazu auf, sich öffentlich zum Stand seiner Arbeit und Planungen im Zusammenhang mit dem Wehrhahn-Anschlag zu äußern und alles Mögliche dafür zu tun, dass dieses Thema noch im laufenden Jahr in angemessenem Umfang und in öffentlicher Sitzung behandelt wird. Ein weiteres Aufschieben würde aufgrund der knappen Zeit einer Nichtthematisierung gleich kommen und wäre völlig inakzeptabel."

Die Arbeit des PUA – inklusive der Erstellung und Vorstellung des aufwändigen Abschlussberichts – endet spätestens zum Ende der aktuellen Legislaturperiode des Landtags. Neuwahlen sind für den 14. Mai 2017 terminiert. Bislang gibt es auch keinerlei Hinweise oder Äußerungen von Seiten der Landtagsfraktionen, dass nach dieser Wahl ein neuer PUA die möglicherweise nicht vollendete Arbeit fortsetzen soll.

Grund für das Aufschieben des Themas könnte sein, dass die Staatsanwaltschaft Düsseldorf die bereits vor langer Zeit eingestellten Ermittlungen zum Wehrhahn-Anschlag spätestens im Sommer 2015 wieder aufgenommen hat.[4] Daraus dürfte sich eine Einstufung der Ermittlungsakten als „vertrauliche Verschlusssache" ergeben haben.

Breczinski: „Was auch immer zu der Wiederaufnahme geführt hat: Inzwischen wurde länger als ein Jahr neu 'ermittelt', so dass in Zweifel zu ziehen ist, dass hierbei relevante Ergebnisse erzielt wurden bzw. noch erzielt werden können. Die vorgenommene Einstufung erschwert die Aufklärungsarbeit und verhindert eine öffentliche Thematisierung. Es bleibt der Verdacht, dass behördlicherseits kein Interesse an einer eingehenden Beschäftigung mit dem Thema besteht – zumindest nicht in öffentlichen Sitzungen."

■

1 http://nrw.nsu-watch.info/der-duesseldorfer-wehrhahn-anschlag/
2 https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument?typ=P&Id=MMD16/7148&quelle=alle&wm=1&action=anzeigen
3 http://nrw.nsu-watch.info/ueber-uns/ und http://nrw.nsu-watch.info/nsu-untersuchungsausschuss-in-nrw-die-chance-auf-aufklaerung-nutzen/
4 http://www.rp-online.de/nrw/staedte/duesseldorf/wehrhahn-anschlag-in-duesseldorf-neue-untersuchung-aid-1.5255395

## Türkei ist nur für Erdoğan sicher

BERLIN. „Die Bundesregierung drückt sich feige um die Erklärung, dass die Türkei keineswegs ein sicherer Herkunftsstaat ist. Das ist angesichts der aktuellen Repressionen, der Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit, des blutigen Kriegs gegen die Kurden und der Unterstützung dschihadistischer Terrorgruppierungen durch die Türkei völlig unglaubwürdig und peinlich. Es ist auch in höchstem Maße beschämend, denn hier zeigt sich die unterwürfige Abhängigkeit Deutschlands von Erdoğan als neuem Torwächter der Festung Europa", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion zu asylpolitischen Fragen in Bezug auf die Türkei. Jelpke weiter:

„Anfang Juli noch behauptete die Bundesregierung, die Türkei könne als sicherer Herkunftsstaat angesehen werden und setzte sich auch auf EU-Ebene für eine entsprechende Einstufung der Türkei ein. Sie brüskierte damit Flüchtlingskoordinator Altmaier, der sich öffentlich ganz klar gegen eine solche Einstufung positioniert hatte. Jetzt redet sich die Bundesregierung plötzlich damit raus, dass diese Frage bei gegebener Zeit auf EU-Ebene geklärt werden solle – und wagt es dabei nicht, das Offensichtliche auszusprechen: Die Türkei kann heute weniger denn je als sicherer Herkunftsstaat angesehen werden. Menschenrechte werden dort täglich mit Füßen getreten, doch die Bundesregierung schweigt dazu und kuscht vorm Autokraten Erdoğan.

Anders als aktuelle Medienberichte vermuten lassen, nimmt die Zahl der aus der Türkei kommenden Asylsuchenden – zu fast 90 Prozent kurdischer Herkunft – derzeit sogar ab. Während im Oktober 2015 noch 436 Asylsuchende aus der Türkei im EASY-System neuregistriert wurden, sank die Zahl im März 2016 auf 352 und zuletzt im Juli 2016 auf nur noch 275 Schutzsuchende aus der Türkei. Der zeitgleiche Anstieg bei den Asylantragszahlen von türkeistämmigen Flüchtlingen ist vor allem damit zu erklären, dass viele Anträge von Schutzsuchenden, die bereits 2015 eingereist sind, erst jetzt verzögert registriert und bearbeitet werden. Angesichts der katastrophalen menschenrechtlichen Lage in der Türkei bleibt nur die Erklärung, dass viele Flüchtlinge das Land aufgrund der deutlich verschärften Grenzüberwachungsmaßnahmen nicht mehr Richtung Europa verlassen können. Damit wirkt sich der EU-Türkei-Deal zusätzlich negativ für die innerhalb der Türkei verfolgten Kurden und türkischen Oppositionellen aus.

Äußerst bedenklich ist auch, dass die Anerkennungsquoten bei Asylsuchenden aus der Türkei gegenüber dem Vorjahr deutlich zurückgegangen sind – trotz der verschärften Repression und des blutigen Kriegs gegen die Kurden. Die sogenannte bereinigte Gesamtschutzquote sank von 32,9 auf 13,7 Prozent. Mit einer strengeren Entscheidungspraxis soll offenbar der politisch gewollten Einstufung der Türkei als angeblich sicherer Herkunftsstaat schon einmal der Boden bereitet werden. Das ist völlig inakzeptabel."

*Ulla Jelpke, MdB* ■

## Spendenlauf gegen rechte Hasskultur

Göttingen. Das Göttinger Bündnis gegen Rechts hat durch seine verlässlichen, kreativen und erfolgreichen Kundgebungen in den vergangenen Wochen der Haltung vieler Göttinger_innen ein Gesicht gegeben: Göttingen als vielfältige Stadt und die gesamte Region dulden keinen rechten Aufmarsch und keine menschenverachtende Politik. Nach den wochenlangen Daueranmeldungen von NPD-Landtagskandidat Jens Wilke, die zuletzt von ihm zurückgezogen wurden, erhält Göttingen am Samstag, 10.09.16, erneut Besuch der Rechtsradikalen.

Aus Sicht des Göttinger Bündnisses gegen Rechts ist dies eine gute Gelegenheit aufzuzeigen, dass auch mit diesem ungebetenem Besuch kreativ, aber angemessen umgegangen werden kann. Angelehnt an das erfolgreiche Konzept „Rechts gegen Rechts“, das im niedersächsischen Bad Nenndorf geboren wurde, ruft das Göttinger Bündnis gegen Rechts alle Firmen, Institutionen und Privatpersonen dazu auf, den geplanten Aufmarsch der Rechtsradikalen mit einer Spendengala für Flüchtende ad absurdum zu wenden.

„5 Teilnehmer zu 500 Protestierenden war den Rechten keine Lehre. Diese größenwahnsinnige Beharrlichkeit, mit der sie Göttingen und das Umland belästigen, wollen wir kontinuierlich brechen: am besten mit viel Karikatur der Nazis und unserer Solidarität für Weltoffenheit und gegen Rassismus“, erklärt ein Aktionssprecher des Göttinger Bündnisses gegen Rechts.

Das Konzept „Spendengala“ sieht vor, mit jeder Minute, die Nazis in Göttingen bei ihrem Aufmarsch stehen werden, unfreiwillig Geld für ihr selbsterkorenes Feindbild der flüchtenden Menschen zu sammeln.

„Diese Aufmarsch-Show der Rechten wollen wir zu unserem Erfolg machen. Wir rufen alle Menschen, die dieser rechten Hasskultur ein Ende setzen wollen, dazu auf, unsere Protestkundgebung und unsere Intervention mit aktiver und finanzieller Beteiligung zu unterstützen. Jede kleine Spende zählt. Verwandeln Sie mit uns diese tumbe Nazidemonstration in einen fulminanten Spendenlauf für die Hilfsorganisation Sea-Watch e.V.“, so der Sprecher im Bündnis gegen Rechts.

*Quelle: goettingen@gj-nds.de 2.9.2016* ■

## Aufstehen gegen Rassismus! Deine Stimme gegen die AfD!

Berlin. Am 3.9. haben über 6000 Menschen gegen die AfD und gegen Rechts protestiert. Mit einem bunten Protest ging es auch an der AfD Zentrale vorbei, an der eine Symbolisch eine rote Linie gezogen wurde.




Fotos: MEDIABASE






# Hells-Angels-Szene in der AfD Vielfältiger Widerstand – Wahlerfolge der AfD

HEIDEKREIS/ WALSRODE. Im Heidekreis tauchte die AfD erst mit Aufstellung ihrer Kandidierenden zur Kommunalwahl aus ihrem Versteck auf. Sie blieben davor fast alle unbekannt, obwohl die Böhme-Zeitung Soltau bereits seit 2015 – neben anderen Parteien – auch die AfD für Synopsen zu etlichen Themen befragte. In den Lokalzeitungen konnte die AfD ihre vielen Kandidierenden präsentieren. Niemand von denen war zuvor politisch aufgefallen. Sie kandidieren für den Kreistag und nahezu flächendeckend für die Gemeinde- und Stadträte im Heidekreis.

In Walsrode gehören alle AfD-Kandidierende zur Familie bzw. zum Geschäfts- und Freundeskreis des Rotlicht- und Vielfachunternehmers Wolfgang Heer. Der reichlich vorbestrafte Heer ist Treasurer der Hells Angels in Deutschland, also einer der Größten der Szene. Der sich selbst als Nazigegner hinstellende Heer hatte in seinen Firmen dennoch bekannte Nazis beschäftigt. Heer war viele Jahre gut gelitten in Walsrode, Sponsor für Sportverein, DRK, Weihnachtsmarkt, open-air-Konzerte und für Vieles mehr. Einzig Frauen-helfen-Frauen e.V. mit dem Frauenschutzhaus lehnte seine Spenden ab. Heer spielte eine Rolle im Stadtmarketingverein. Die Heer-Hanebuth-Wachfirma und seine Biker wussten mitunter geschäftlich ihre Körperkräfte einzusetzen. Dennoch feierten diverse Politiker und Honoratioren gern mit ihm. Als Die Grünen das in großen Medien öffentlich machten, gab es Drohungen und Anschläge gegen Hells-Angels-Kritiker, die aber den HA nicht nachgewiesen wurden. Parallel ging die Justiz gegen Frank Hanebuth, die HA-Nummer 1 vor. Die Folgen sind bekannt. Hells-Angels-Chapter und Embleme waren bzw. sind zeitweise oder ganz verboten. Um den Ruf der Stadt zu wahren, ist Heer seit 2012 vor Ort zwar ausgegrenzt, betreibt aber weiterhin erfolgreich seine vielfältigen Geschäfte.

Zu den AfD-Kandidierenden gehören Heer-Tochter Bettina Heer, die sein Sportzentrum leitet, Adoptivtochter Sarita Heer, ein Versicherungsmakler, ein Kampfsportler und ein familiär-geschäftlich verbundener „Meister für Schutz und Sicherheit". AfD-Kreisvorsitzender Henning von der Brelje, Feldjäger-Oberstleutnant, kritisiert, dass die Heer-Töchter in Sippenhaft genommen würden. DGB-Kreisvorsitzender Charly Braun, der die neue Heer-AfD-Verbindung in überregionale Medien brachte (lokale Medien schweigen sich wieder aus), erklärt im NDR-TV, dass politisches Mitmischen und Infos aus dem Rathaus und Kreishaus dem ach so integren Geschäftsmann Heer nützlich sein können. Um Geld und Einfluss zu gewinnen werde im Rockermilieu gern mit Strohmännern gearbeitet, so Braun in der taz am 26.7.16

**Der ALFA-Rassist**

Bei einer Bürgerversammlung in Bad Fallingbostel am 23.8.16 schreit eine als Muslimin getarnte Antifaschistin den AfD-Kreisvorsitzenden nieder und erntet dafür viel Kritik von Zuhörenden. Später erklärt ALFA-Kandidat Thankmar Graeger, dass das Freibad nicht geschlossen werden müsse, wenn nicht soviel Geld für Asylanten ausgegeben werde. Spontan rufen ihm viele brave BürgerInnen „Hetzer" und ähnliches entgegen.

### Kritiker verleumden

Der DGB-Kreisvorsitzende hat als Bündnissprecher gegen Rechts den Ausschluss von AfD und anderen aus einer Info-Veranstaltung über AfD-Wirtschaftsliberalismus mit einem Zitat der Amadeo-Antonio-Stiftung begründet: „Mit einer Partei, die die Gleichheit aller Menschen bestreitet, kann man nicht in den Dialog treten. Aber man kann ihr argumentativ entgegentreten." Per Pressemitteilung kontert die AfD auf ihren Internet- und facebookseiten am 12.8.16 unterm Titel „Fall Heer – AfD lehnt DDR- und Nazimethoden ab" so: „Zu dem Fall Heinz Dieter (Charly) Braun erklären wir, dass der DGB-Kreisvorsitzende eine erkennbar antidemokratische Gesinnung hat und sie auch offen lebt. Wer aus öffentlichen Diskussionen über die AfD AfD-Mitglieder ausschließt, um sich einer Debatte nicht stellen zu müssen, um ohne Widerspruch unwahre Tatsachenbehauptungen verbreiten zu können, der hat offensichtlich ein massives Demokratie- und vermutlich auch ein ebensolches Rechtsstaatsproblem. Henning von der Brelje, Vorsitzender KV Heidekreis". Da selbst solche Verleumdung durch Meinungsfreiheit geschützt ist, wird der DGB-Bundesvorstand eine Klage auf Unterlassung nicht unterstützen.




Die PARTEI beim Protest gegen Frauke Petry 10.9.16 in Hannover

### Alle Parteien gegen AfD

Zum nachlesbaren Missfallen lud der DGB 6 Parteien/ Wählerlisten an einen Tisch, um sich gegen die AfD zu positionieren – was Spitzenleute von CDU, SPD, Grüne vergeblich zu boykottieren versuchten (Grüne hatten sich da bereits deutlich gegen AfD erklärt). CDU und Walsroder Bürgerliste stellten fest, dass die AfD kommunal nur ein leeres Blatt abliefere. Die FDP kritisierte deren „Fremdeln" und Rückwärtsgewandtheit. SPD-Bundestagsabgeordneter Lars Klingbeil lehnte das AfD-Familien- und Gesellschaftsbild ab und das Infragestellen von Gewerbsteuer richte sich gegen die Kommunen. Die Grünen kritisierten reaktionären Sexismus, Fremdenfeindlichkeit und umweltschädliche AfD-Ziele. Die Linke nannte die AfD unsozial, islamfeindlich und Holocaustleuger. Zusammenfassend erklärte Braun/DGB die AfD als „parlamentarischen Arm des Rassismus" mit einem „ungeheuer scharfen unsozialen Programm" (VAZ 7.9.16).

### AfD-Plakate sind immer weg

Der Widerstand gegen die AfD ist vielfältig. Auch SPDler und Grüne verteilen DGB-Flyer zum AfD-Programm. Zwar lud der Kreisschülerrat auch die AfD zur kommunalpolitischen Diskussion, ging den AfD-Kreisvorsitzenden aber hart an. Einige Schulen luden die AfD ausdrücklich nicht ein. Bei Probeabstimmungen in Schulen schnitt die AfD überall sehr schlecht ab. Wie vielerorts in Niedersachsen beklagt die AfD-Heidekreis den oft schnellen Verlust von 80% ihrer Plakate. Als Brelje in der BZ die Finanzierung von teuren Großplakaten durch Wolfgang Heer bestätigte, gingen auch die schnell verloren – sogar nahe Heers Sportzentrum. Am Tag vor der Wahl bietet Sarita Heer 1000 Euro für „sachdienstliche Hinweise" (Fehler im Original) auf die Täter, die AfD-Banner mit ihrem Foto zerstörten (WZ-Kleinanzeige 10.9.16). Die dun-

→

# Migrationspolitik in Calais und Paris

**Geschäftsleute und die örtliche CGT protestieren im nordostfranzösischen Calais, mit nicht ganz identischen Motiven doch aus verwandten Gründen, gegen das „Jungle" genannte Migrantencamp; der Branchenverband der CGT ergreift etwas bessere Positionen**

Das gibt es leider nicht nur in Sachsen: In der Nacht zum Dienstag, den 6. September 2016 brannte ein zur Aufnahme von neunzig Geflüchteten bestimmtes Gebäude in Forges-les-Bains, im südlichen Pariser Umland, gegen 2.30 Uhr aus. Der gesamte Dachstuhl wurde zerstört. Voraus ging am Vorabend eine öffentliche Versammlung über das Flüchtlingsheim in angespannter Stimmung. Die Teilnehmer/innen hatten sich allerdings gegen 23 Uhr ohne Zwischenfälle zerstreut. Die Polizei ermittelt, ob es sich um Brandstiftung handelt und ob ein Zusammenhang zu den laut gewordenen Gegnern der Aufnahmeeinrichtung besteht. Im Leserforum der konservativen Tageszeitung war am Dienstag unter anderem zu lesen: „Bravo! Die Franzosen wollen so etwas nicht.", womit offenkundig die Aufnahme und nicht der Brand gemeint war. Zu lesen war im dortigen Leserforum, wo einige den rassistischen ‚Volkszorn' offen feierten, ferner auch: „Bravo! Diese Information gefällt mir gut.", „Das scheint mir der logische Fortgang der Dinge" oder: „Gegen den Mehrheitswillen des Volkes zu handeln, endet immer schlecht."[1]

Weitaus wahlreichere Widersacher/innen jedoch zählt das als jungle bezeichnete Flüchtlingscamp in der östlichen Umgebung der Stadt Calais am Ärmelkanal. Ursprünglich war das Lager informell errichtet worden, seit November 2015 wurde jedoch seine Nordhälfte nach und nach durch eine weiße und von regelmäßigen Rechtecken geprägte Containersiedlung ersetzt. Dieses wurde vom Staat errichtet, wird jedoch von vielen Flüchtlingen und ihren Unterstützer/inne/n abgelehnt. Unter anderem auch aufgrund der dort verwendeten Kontrolltechnologien, die eine weitgehend lückenlose Einlasskontrolle erlauben – eine biometrische Erkennung der Handflächen an den Außentoren erlaubt die Unterscheidung zwischen erlaubten und unerlaubten Zutrittswünschen – und der Vergitterung um das Containerdorf herum.

Die Südhälfte des „Dschungels" besteht hingegen aus durch die Bewohner/innen oder mit Hilfe von Unterstützer/inne/n errichteten Zelten sowie Holzhütten und -häusern. Das gesamte Camp soll derzeit zwischen 9000 und 10.000 Menschen umfassen und ist damit gegenüber Anfang des Jahres – damals zählte es rund 6000 Bewohner/innen – nochmals angewachsen. Calais, und die französische Ärmelkanalküste insgesamt, ist seit Jahren ein Anziehungspunkt für MigrantInnen, die von hier aus auf die britischen Inseln zu gelangen versuchen. Ihr Ziel bleibt England, sei es aufgrund familiärer Kontakte dort, sei es, weil der neoliberal durchregulierte Arbeitsmarkt dort „immerhin" überhaupt Arbeitsmöglichkeiten für sie bereit zu halten scheint, wenngleich oft unter schlechten Bedingungen.

Seit den Vereinbarungen von Le Touquet, welche die damaligen Innenminister Frankreichs und Großbritanniens, Nicolas Sarkozy und Jack Straw, im Jahr 2003 eingingen, ist jedoch die Grenzkontrolle des Vereinigten Königreichs auf das Südufer des Ärmelkanals vorverlagert. Und Frankreich verpflichtet sich, die MigrantInnen von ihrem Lebenstraum abzuhalten, auf die britischen Inseln überzusetzen. Dadurch entsteht ein wachsender Rückstau am Südufer. Seit dem britischen „Brexit"-Referendum allerdings drohten nun mehrere französische Politiker von Ex-Wirtschaftsminister Emmanuel Macron bis zum bürgerlichen Ex-Premier Alain Juppé damit, Frankreich könne sich nicht länger an die Vereinbarungen gebunden fühlen und Großbritannien die zurückgehaltenen MigrantInnen „schicken". Jüngst änderte auch Sarkozy selbst seine Position und regte eine Kündigung oder Änderung der Vereinbarungen an. Allerdings nicht aus Menschenfreundlichkeit gegenüber den Migrantinnen und Migranten, die Vieles daran setzen würden, eine Überfahrt zu versuchen, sondern damit Frankreich sie los wird. Sarkozy steht seit Ende August d.J. im Vorwahlkampf[2].

Durch den wachsenden Staudruck nimmt aber auch der Unmut mancher Anwohner/innen zu. Zugleich schieben Kreise örtlicher Geschäftsleute den wirtschaftlichen Abstieg der Region auf „den Imageverlust", den Calais sich mit der Präsenz des Migrantencamps einhandele. Auf ökonomischer und sozialer Ebene ist die Stadt allerdings nicht erst in der Krise, seitdem der Jungle entstand. Im Jahr 2001 kam es hier zu Massenentlassungen beim Lebensmittelkonzern Danone, gegen die sich damals eine breite Demonstration richtete, und auch die früher hier ansässige Textilindustrie wurde zum Großteil geschlossen. Aber das Camp wurde seitdem zum Aufmerksamkeitsmagneten.

Schon am letzten Wochenende im Januar demonstrierten deswegen rund 2000 Händler/inne/n, Unternehmer und andere EinwohnerInnen gegen das Camp und „für die Reputation „ ihrer Stadt. Am Vortag (23. Januar 2016) hatte damals allerdings eine mindestens ebenso große Solidaritätsdemonstration für die MigrantInnen stattgefunden; wir berichteten darüber.

---

kelhäutige Sarita Heer auf AfD-Plakaten konnte Antifas nicht irritieren. In der AfD-facebookseite kommentiert einer: „Wenn ich braun wählen will, dann orientiere ich mich nicht an der Hautfarbe! Scheinbar hat niemand von euch jemals ein ECHTES Parteiprogramm gelesen…".

**Kein Raum für AfD**

Die öffentliche AfD-Veranstaltung in Schneverdingen scheiterte, da die Stadt den Bürgersaal verweigerte, auch das Dorfgemeinschaftshaus im benachbarten Neuenkirchen-Grauen wurde ihnen abgesagt. Sie klagten nicht, sondern zeigten Verständnis für die Grauener, die keinen politischen Streit im Haus haben wollten. Im Nachbarkreis verweigerte die Stadt Celle die Congress Union für einen Auftritt der AfD-Vorsitzenden Frauke Petry. Ersatz fand sich mit dem Stadthaus Bergen, dessen Bürgermeister aus Neutralitätsgründen zusagte. Petry blieb weg, denn zwei Tage zuvor machte eine unbekannte weiße Substanz den Saal unbenutzbar. Schon zuvor hatten Jusos festgestellt, dass sich die AfD gern in die Opferrolle rückt, wenn gegen sie protestiert wird (celleheute.de 12.8.16). Am 10.9.16 vorm Rathaus Hannover führten ausdauerndes Applaudieren und „Frauke"-Rufe vermeintlicher Fans zum Unterbrechen der Petry-Rede. Wegen vielerlei Behinderungen hatte die AfD schon im voraus das Anfechten der Kommunalwahlen angekündigt (HAZ 9.9.16). Ob sie das wahr macht angesichts guter Wahlergebnisse?

Die NPD verliert ihre 3 Mandate (Munster, Schneverdingen, Kreistag), aber die AfD zieht zu Fünft in den Heidekreis-Kreistag ein (9 %). Drei Heer-Vertraute werden Ratsmitglieder in Walsrode. In den weiteren Kommunen erhält die AfD teils mehr Mandate als sie Kandidierende hatte. In Schneverdingen erreicht auch ALFA ein Mandat.

*Heide Bothe* ■

**Protest: „Unser Hafen ist schön…“**

Am Montag, den 5. September 2016 nun wiederholte sich das Szenario, mit einigen Neuerungen. Eine Reihe von LKW-Fahrern beteiligten sich nun an dem Protest, vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Migranten häufig auf den Zufahrtsstraßen zu den Häfen von Calais sowie benachbarter Städte auf Lastwagen aufzusteigen versuchen. Entweder versuchen sie sich an Raststätten unter die Planen zu schmuggeln – wie an anderen Stellen auf Fähren oder Frachtschiffe –, oder bisweilen halten Gruppen von Migranten auch LKWs auf der Fahrbahn zu diesem Zwecke auf. Die Fernfahrer fürchten aber nicht wegen der Migranten um ihr Leben, sondern sie befürchten, die bei Entdeckung eventueller „blinder Passagiere“ fälligen Geldstrafen für „illegalen Personentransport“ bezahlen zu müssen. Ihr verbreiteter Unmut richtet sich jedoch gegen die Migrantinnen und Migranten.

An jenem Montag blockierten und verlangsamten sie mittels einer so genannten „Schneckenoperation“ den Verkehr rund um Calais. Daran nahmen rund 80 LKWs statt, unterstützt durch Traktoren örtlicher Landwirte. In der Innenstadt fand gleichzeitig eine Menschenkette statt. Die Aktionen stand unter dem Motto: „Mein Hafen ist schön, meine Stadt ist schön.“ Die amtierende konservative Bürgermeisterin Natacha Bouchart, die 2008 die französische KP im Rathaus ablöste, setzte sich an die Spitze der mehreren Hundert Teilnehmenden.

Auch die örtliche CGT im Hafen von Calais, die stärkste Gewerkschaft dort, rief zur Unterstützung dieses Protests auf. Ihre Erklärung dazu bleibt höchst ambivalent[3]. Neben einer Werbekampagne für den Hafen von Calais unter potenziellen Touristinnen, Touristen und sonstigen Besucher/inne/n auf der englischen Seite und einem Konjunkturprogramm für die wirtschaftlich gebeutelte Stadt wird auch die Schließung des Jungle gefordert. Alternativlos: Die örtliche CGT malt keine andere Option für die dort verweilenden Migrantinnen und Migranten aus. Allerdings fordert sie „die Einrichtung eines Hochkommissariats für Flüchtlinge außerhalb einer Wirtschaftszone wie dem Hafen und dem Eurotunnel (unter dem Ärmelkanal)“, was jedoch reichlich unkonkret bleibt und nicht nähert ausgemalt wird. Andererseits unterstreicht die örtliche CGT aber auch, sie habe „Verständnis für die Männer und Frauen“, die vor Krieg oder unerträglichen Lebensbedingungen fliehen, und sie bleibe „ihren Grundwerten treu“. Das ist im allergünstigsten Falle eine heikle Gratwanderung, und mit diesem Ausdruck bleiben wir noch höflich.

Auf daraufhin laut werdende Kritik reagierte der Dachverband der CGT in Gestalt ihres Generalsekretärs Philippe Martinez, indem Letzterer erklärt: „Die Motive der Einen und der Anderen“, also der verschiedenen Gegner des Flüchtlingscamps einerseits und der CGT andererseits, „sind nicht dieselben. Manche benutzen das Problem, um Hass zu schüren.“[4]

Ihrerseits reagierte die Branchengewerkschaft der CGT im Hafenbereich, einige Tag nach dem Aufruf der örtlichen CGT zu der Demonstration, und veröffentlichte am 6. September (also fünf Tage nach dem örtlichen Aufruf) eine Erklärung auf landesweiter Ebene. Diese ist erheblich deutlicher, was die Solidarität mit den Geflüchteten betrifft, aber auch in ihrer Anprangerung der extremen Rechten und rassistischer Kampagnen[5].

Die Erklärung weist auf die Verantwortung der westlichen Großmächte für wirtschaftliches Elend und für Kriege auf der Welt hin, welche wiederum wichtige Fluchtgründe darstellten. Das ist eine dankenswerte Darstellung, was die Gründe für die Flucht von Menschen betrifft, und ist im Kern richtig – wenngleich die Erklärung aus einem anderen Grund wiederum (punktuell) kritikwürdig erscheint: Im Hinblick auf Länder „im Mittleren Osten“ (darunter fällt Syrien) werden allein Frankreich, Großbritannien und die USA – gefolgt von einem verschämten „neben anderen“ – als Kriegsbrandstifter genannt. Die politische Ehrlichkeit und Richtigkeit hätte hier unbedingt geboten, daneben zumindest auch Russland als Hauptstütze des Regimes von Bascher Al-Assad, eines der übelsten Schlächter- und Folterregimes dieses Planeten, zu erwähnen. Um Klarheit an dieser Frage kann sich niemand auf der Linken herumdrücken: Der rechtsextreme Front National (FN) unterstützt schließlich in dieser Frage lautstark Wladimir Putin und Bascher Al-Assad.

**Großraum Paris**

Seitdem der Zielort Calais für viele Migrant/inn/en zunehmend abschrecken wirkt, nachdem die Wartezeiten für eine eventuelle Kanalüberquerung stark angestiegen sind, nimmt auch die Zahl der auf Wartestation befindlichen Migrantinnen und Migranten im Raum Paris erheblich zu. Seit Juni 2015 fanden dort insgesamt um die dreißig Räumungen von informellen Camps statt, die meist von Menschen bewohnt werden, die nicht ins französische Asylverfahren können – etwa wegen der Anwendung der Dublin-Regeln, nachdem ihre Fingerabdrücke in Griechenland, Italien oder Ungarn aufgenommen wurden – oder nicht wollen. Das französische Ayslsystem hat einen denkbar schlechten Ruf. In jüngster Zeit drängen Migrantinnen und Migranten auch deswegen in informelle Camps auf dem Pariser Stadtgebiet, weil nach den Erfahrungen der letzten Monate die Staatsmacht ihnen dann Angebote für eine Unterbringung zumindest auf Zeit machen muss, wenn diese Camps in den Augen der Öffentlichkeit gar zu sichtbar anschwellen.

**Neues städtisches Migrantencamp in Paris**

Während an demselben Montag früh (5. September 2016) ein weiteres Mal eine solche Räumung im Pariser Norden stattfand[6], gab die hauptstädtische Bürgermeisterin Anne Hidalgo fast gleichzeitig die Pläne für das erstmals im Mai 2016 von ihr erwähnte, künftig durch die Stadt einzurichtende Flüchtlingscamp bekannt[7]. Dieses soll rund 600 Plätze bieten und auf einem früheren Bahngelände im 18. Bezirk angesiedelt werden, später soll eine weitere Einrichtung im Süden des Stadtgebiets hinzukommen. Auf die Aneinanderreihung menschenfeindlich wirkender Container wie in der Nähe von Calais, wie ursprünglich angedacht, hat die Stadt nun verzichtet. Stattdessen sollen rund um eine aufblasbare PVC-Kugel, die als Empfang dienen soll, kleine Wohneinheiten für je fünfzig Geflüchtete eingerichtet werden. Je vier Personen sollen in einem Gemeinschaftszimmer schlafen. In den Kantinenbereichen sollen sie über freien Internetempfang verfügen. In zwei Jahren wird das Camp im Norden allerdings künftigen städtischen Baumaßnahmen weichen müssen.

*Bernard Schmid, Paris* ■

1 Vgl. dazu das Forum unter folgender Kurzmeldung: http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2016/09/06/97001-20160906FILWWW00075-un-centre-d-accueil-de-migrants-incendie.php; die zitierten, offen rassistischen Einträge waren auch bis zum Redaktionsschluss dieses Artikels am 12. September 16 (also sechs Tage nach Erscheinen der Meldung und der Forumsbeiträge) nicht gelöscht worden.

2 Vgl. http://actu.orange.fr/politique/calais-sarkozy-a-son-tour-pour-une-remise-en-cause-des-accords-du-touquet-CNT000000t1RNp.html

3 Vgl. http://canempechepasnicolas.over-blog.com/2016/09/ce-que-le-syndicat-cgt-du-port-de-calais-propose-a-propos-de-la-concentration-des-migrants.html?utm_source=_ob_email&utm_medium=_ob_notification&utm_campaign=_ob_pushmail

4 Vgl. https://www.mediapart.fr/journal/economie/090916/la-cgt-en-situation-delicate-calais; der Artikel problematisiert die Position(en) der CGT.

5 Vgl. http://canempechepasnicolas.over-blog.com/2016/09/la-cgt-et-la-situation-a-calais-et-le-commentaire-de-canempechepasnicolas.html?utm_source=_ob_email&utm_medium=_ob_notification&utm_campaign=_ob_pushmail

6 Vgl. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/09/06/nouvelle-evacuation-d-un-campement-de-centaines-de-migrants-a-paris_4993216_1654200.html

7 Vgl. u.a. http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/article/2016/09/06/paris-ouvre-une-bulle-d-accueil-de-court-sejour-pour-les-migrants_4993195_1654200.html und http://www.lemonde.fr/immigration-et-diversite/video/2016/09/06/anne-hidalgo-presente-les-centres-pour-migrants-qui-ouvriront-a-paris-et-ivry_4993534_1654200.html

## EU muss Menschenleben über Grenzschutz stellen

„Es ist absolut unverzeihlich, dass es angesichts der vielen Tausend toten Flüchtlinge auf dem Mittelmeer immer noch keine organisierte europäische Seenotrettung gibt. Improvisierte Rettungsaktionen von Küstenwachen, Marine- und Handelsschiffen sind lediglich verantwortungslose Flickschusterei", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, die aktuellen Meldungen über rund 6500 aus Seenot gerettete Flüchtlinge vor der italienischen Küste. Jelpke weiter:

„Die EU verschließt ihre Augen weiterhin vor ihrer humanitären Pflicht, Asylsuchenden sichere und legale Einreisewege zu öffnen. Diese Menschen suchen Sicherheit und finden den Tod: Über 3.100 Flüchtlinge sind laut Internationaler Organisation für Migration im Jahr 2016 bislang auf dem Mittelmeer ums Leben gekommen, die Dunkelziffer dürfte noch viel höher liegen. Das unter dem Stichwort Schleuserbekämpfung betriebene Vorgehen von Frontex und Kriegsmarine hat das Massensterben auf dem Mittelmeer nur noch vorangetrieben. Die EU muss endlich umdenken und Menschenleben über Grenzschutz stellen."

*Ulla Jelpke, MdB* ■

## Tumulte vor Migrationsamt

Zu Tumult artigen Szenen kam es am Dienstagvormittag vorm Migrationsamt in Rostock. Nachdem das Amt über mehrere Wochen lediglich einen Tag in der Woche geöffnet hatte, war es auch heute für Flüchtlinge und Migranten möglich am Dienstag Anträge zu stellen. Dies führte zu einem großen Menschenandrang, Tumult und letztlich zu einem Polizeieinsatz.

„Was da am Vormittag in Rostock geschah, ist symptomatisch für viele Migrationsämter und Ausländerbehörden im Land. Wenige Öffnungszeiten und großer Andrang, zudem intransparente und komplizierte Verwaltungsabläufe führen zu langen Schlangen und noch längeren Wartezeiten für viele Flüchtlinge und deren ehrenamtlichen Begleiterinnen und Begleiter", konstatiert Ulrike Seemann-Katz, Vorsitzende des Flüchtlingsrats.

Die Organisation fordert eine Vereinfachung der Verwaltungsabläufe, mehr Transparenz und eine bessere personelle Ausstattung der Behörden. „Hier ist viel Luft nach oben. Zum Teil wird den Menschen ihre Situation nicht adäquat erklärt, in vielen Fällen werden Dinge komplizierter gemacht, als es nötig ist. Dadurch steigen Bearbeitungszeiten und gleichzeitig werden die Schlangen vor den Ämtern länger", erklärt Seemann-Katz.

*Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern 6.9.2016* ■

## Abschreckungspolitik kostet viel mehr als Integration

„Die von Bund und Ländern praktizierte Abschreckungspolitik verhindert nicht nur die schnelle Integration der Geflüchteten, sondern kostet den Steuerzahler auch noch viel Geld, das in guten Integrationsmaßnahmen nachhaltiger angelegt wäre", kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, aktuelle Meldungen über die Zahl von Leistungsbeziehern nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Jelpke weiter:

„In Bayern lässt man sich die Abschreckungspolitik einiges kosten. Der Freistaat Bayern, der besonders auf Sachleistungen und Massenunterkünfte setzt, die aufwändig bürokratisch verwaltet werden müssen, gab im Jahr 2015 im Schnitt 7.680 Euro pro leistungsberechtigter Person nach dem Asylbewerberleistungsgesetz aus. Das belegen die heute verbreiteten Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Damit lag Bayern um satte 42 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 5.412 Euro pro Jahr und leistungsberechtigter Person.

Die menschenwürdige Unterbringung Asylsuchender ist nicht nur eine zentrale humanitäre Verpflichtung. Sie kommt uns unterm Strich auch billiger. Und wenn alle Geflüchteten einen schnelleren Zugang zu Integrationsmaßnahmen, Bildung und Arbeitsmarkt hätten, wären sie auch schneller unabhängig von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Eine solche integrative Politik ist gerade angesichts der Wahlerfolge der AfD dringender denn je."

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 7.9.2016* ■

## Türkei: keine Partnerin für Sicherheits- und Flüchtlingspolitik

„In der Sondersitzung des Innenausschusses wurde deutlich, dass es sich bei der Einschätzung der Türkei als zentrale Aktionsplattform islamistischer Gruppierungen keineswegs um ein ‚Büroversehen' des Innenministeriums, sondern um eine zutreffende Bewertung der erschreckenden Zustände im Land am Bosporus gehandelt hat. Die Konsequenz muss lauten: Erdoğans Türkei ist keine Partnerin in der Flüchtlingspolitik, der dreckige Deal muss sofort aufgekündigt werden. Denn auch wenn die Bundesregierung es nicht wahrhaben will, werden in der Türkei staatliche Flüchtlingscamps für Syrer auch als Rückzugs-, Rekrutierungs- und Ausbildungslager für dschihadistische Kämpfer missbraucht. Der Türkei Gelder zu geben bedeutet faktisch, islamistische Gruppierungen zumindest mittelbar zu subventionieren", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, nach der heutigen Sondersitzung des Innenausschusses.

Sevim Dagdelen, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Internationale Beziehungen erklärt dazu: „Nachdem die SPD mehr Informationen zur Terrorpatenschaft der Türkei eingefordert und Erschreckendes erfahren hat, muss sie nun endlich ihr Verhältnis zum Terrorpaten Erdoğan klären. Sie darf nicht aus Angst, türkischstämmige Wähler zu verlieren, weiter mit dem Terrorpaten Erdoğan dealen. Die militärische und polizeiliche Zusammenarbeit und insbesondere die Waffenexporte in die Türkei sind umgehend zu unterbinden."

*Quelle: http://www.ulla-jelpke.de 7.9.2016* ■

## Knapp 50 Prozent der Flüchtlinge arbeiten

Fast jeder zweite Flüchtling aus den wichtigsten Herkunftsländern geht einer Arbeit nach. Das geht aus einem Bericht der Bundesagentur für Arbeit hervor. Im August waren rund 350.000 Geflüchtete als arbeitssuchend gemeldet.

Von den erwerbsfähigen Flüchtlingen aus den acht wichtigsten nicht-europäischen Herkunftsländern geht knapp die Hälfte einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit nach. Die Arbeitslosenquote lag im Juni bei 52 Prozent, wie aus einem Bericht der Bundesagentur für Arbeit hervorgeht. Die Quote stieg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um mehr als zehn Prozentpunkte. Damals lag sie bei 41,5 Prozent. Bei den erfassten Ländern handelt es sich um Syrien, Afghanistan, Irak, Eritrea, Iran, Nigeria, Pakistan und Somalia.

Aktuell sind dem Bericht zufolge 170.000 Menschen aus diesen Ländern arbeitslos, der Großteil (153.000) davon Flüchtlinge. 116.000 sind bereits als Flüchtlinge anerkannt, eine sogenannte Aufenthaltsgestattung haben demnach 34.000 Personen.

Der extreme Anstieg arbeitsloser Personen aus den außereuropäischen Fluchtländern wird deutlich, wenn man die jährlichen Daten vergleicht. Im August 2011 zählte die Bundesagentur 40.000 Arbeitslose, zwei Jahre später waren es 49.000, 2015 81.000 und in diesem Jahr 170.000 Personen. Das entspricht einer Zunahme in den vergangenen fünf Jahren um 109 Prozent.

### Überwiegend jünger als 35 Jahre

Im August waren insgesamt 346.000 geflüchtete Menschen bei der Bundesagentur für Arbeit als arbeitssuchend gemeldet. Sie sind der Bundesagentur für Arbeit zufolge überwiegend jünger als 35 Jahre. Für drei Fünftel von ihnen kämen nur Helfertätigkeiten infrage, weil sie häufig noch nicht gut genug deutsch sprechen, zu jung sind, um einen Beruf

erlernt zu haben oder keinen anerkannten Berufsabschluss vorweisen können.

Noch wachse die Zahl der arbeitslosen Flüchtlinge schneller als die Zahl der Erwerbstätigen. „Die Integration von Geflüchteten in den deutschen Arbeitsmarkt braucht Zeit“, heißt es in dem Bericht. Von denjenigen, die einen Job gefunden haben, sei die Mehrzahl im Reinigungsgewerbe, der Lagerei und Logistik, als Köche, im Verkauf sowie im Büro und Sekretariat tätig.

*Quelle: www.migazin.de 2.9.2016* ■

## Bundesamt für Migration belastet Verwaltungsgerichte

Weil das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge fehlerhafte Entscheidungen systembedingt nicht mehr zurücknehmen könne, müssten Fehler gerichtlich entschieden werden. Pro Asyl wirft dem Amt vor, die Überprüfung auf Gerichte auszulagern.

Pro Asyl wirft dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) vor, fehlerhafte Entscheidungen in Asylverfahren nicht zurückzunehmen. „Die Korrektur eigener Fehler ist im Bamf-System nicht mehr vorgesehen“, rügte die Flüchtlingshilfeorganisation am Montag in Frankfurt am Main. Sei es in der Vergangenheit noch möglich gewesen, beim Hinweis auf gravierende Mängel in den Entscheidungen zu einvernehmlichen Lösungen zu kommen, „scheint sich das Bundesamt jetzt systematisch zu verweigern“, hieß es.

Pro Asyl zufolge hat dieses Verhalten zur Folge, dass das Bundesamt die ihm aufgetragene Arbeit systematisch den Verwaltungsgerichten aufbürde. In einem konkreten Fall ging es um einen Mann aus Somalia. Er hatte seinen Asylantrag nicht nur mit einer Festsetzung durch die Al-Shabab Miliz begründet, sondern auch mit einer Familien-Blutrache, die ihm drohe. Ohne jeden Quellenbezug ging der Entscheider davon aus, dass ein Mitglied des Verfolger-Clans aufgrund seiner Religionszugehörigkeit keinen Mord begehen würde.

Laut Pro Asyl räumt das Bundesamt Mängel in seinem Schreiben ein: Einige der Formulierungen und Rückschlüsse im Bescheid hätten tatsächlich so nicht vorgenommen werden dürfen. So sei es korrekt, dass zwischen der Religionszugehörigkeit eines Clan-Mitglieds und einer dadurch bedingten verminderten Tötungsabsicht kein kausaler Zusammenhang bestehe.

### Kein Verständnis

Obwohl der Bescheid „offensichtlich unbegründet“ war, antwortete das Amt schriftlich: „Grundsätzlich bitte ich Sie aber um Ihr Verständnis, dass wir aufgrund der enormen Arbeitsbelastung derzeit Interventionen von dritter Seite nur in äußerst eklatanten Fällen nachgehen können und auf die – wie hier bereits geschehen – Überprüfung im Gerichtsverfahren verweisen müssen.“

„Dafür kann man in einem Rechtsstaat kein Verständnis haben“, stellt Pro Asyl fest. Die oft auch überlasteten Verwaltungsgerichte seien nicht dafür da, „vom Bundesamt sehenden Auges in Kauf genommene Verfahrensmängel zu korrigieren“. Qualitätskontrolle müsse in erster Linie die Sache des Amtes selbst sein, bevor ein Bescheid verschickt werde.

*Quelle: www.migazin.de 30.8.2016* ■

## Bundesregierung will Asylsuchende weiter nach Ungarn abschieben

Mehrere deutsche Gerichte hatten Abschiebungen von Asylsuchenden nach Ungarn gestoppt. Davon will sich die Bundesregierung nicht beirren lassen. Zwar gebe es Defizite im ungarischen Asylsytem, man wolle aber weiter abschieben. Kritik kommt von den Linken.

Die Bundesregierung will Asylbewerber auch weiterhin nach Ungarn zurückschicken. Wie aus einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Linken hervorgeht, sieht die Regierung keine Veranlassung, die Überstellungspraxis nach Ungarn grundsätzlich zu ändern. Zwar gebe es im ungarischen Asylsystem Defizite, aber kein systemisches Versagen. Überstellte Asylbewerber kämen nicht in Abschiebehaft und könnten ihr Asylverfahren wieder aufnehmen, heißt es in der Antwort, die dem MiGAZIN vorliegt.

Im vergangenen Jahr haben mehrere deutsche Gerichte die Abschiebung von Asylsuchenden nach Ungarn wegen schwerwiegender Mängel im dortigen Asylsystem gestoppt. Nach dem Dublin-Verfahren müssen Flüchtlinge in dem EU-Land Asyl beantragen, das sie zuerst betreten haben. Drei andere EU-Staaten – die Niederlande, Österreich und Schweden – schicken laut Regierungsangaben seit Herbst 2015 keine Flüchtlinge mehr nach Ungarn zurück.

Die Linke kritisierte die Haltung der Bundesregierung. Sie verschließe damit die Augen vor den zahlreichen Inhaftierungen, Menschenrechtsverletzungen und Gewalttaten gegen Flüchtlinge, sagte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Ulla Jelpke. Auch wenn die Regierung es nicht zugeben wolle, gebe es das Recht auf Asyl in Ungarn faktisch gar nicht mehr. „Ministerpräsident Orban betreibt eine skrupellose und brutale Politik gegen Flüchtlinge. Auch zahlreiche Urteile deutscher und europäischer Gerichte bestätigen, dass Schutzsuchende in Ungarn nicht sicher sind“, betonte Jelpke.

Ungarn verfolgt unter dem rechtskonservativen Ministerpräsidenten Viktor Orban einen Abschottungskurs. Nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen verprügeln Grenzschützer immer wieder Flüchtlinge und schicken sie mit Gewalt nach Serbien und Kroatien zurück. Ihnen drohe Haft.

In der Praxis läuft das Zurückschicken schleppend. Im zweiten Quartal wurden nach Angaben der Linken nur 90 von 3.342 Übernahmeersuchen Deutschlands an Ungarn umgesetzt. Die Gerichte gaben zwischen Januar und Mai fast zwei Dritteln der 810 Eilanträge gegen eine drohende Überstellung statt.

*Quelle: www.migazin.de 1.9.2016* ■

## Arbeitgeber müssen mehr Flüchtlinge einstellen

Arbeitgeber fordern eine vollständige Aufhebung des Beschäftigungsverbots in der Zeitarbeit für Flüchtlinge. Die Gewerkschaften wiederum nehmen Unternehmen in die Pflicht. Sie müssten noch viel mehr tun. Bisher haben 30 DAX-Unternehmen 54 Flüchtlinge eingestellt.

Die Arbeitgeber dringen auf politische Schritte zur besseren Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt. Unter anderem müssten die gesetzlichen Vorschriften bei der Zeitarbeit gelockert werden, sagte Steffen Kampeter, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der in Düsseldorf erscheinenden Rheinischen Post. „Durch eine vollständige Aufhebung des Beschäftigungsverbots in der Zeitarbeit würden Menschen ohne Berufserfahrung deutlich bessere Chancen erhalten.“

Auch Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit müssten stärker auf Flüchtlinge ausgerichtet werden, fügte er hinzu. „Alle Instrumente der Ausbildungsförderung ab Abschluss des Ausbildungsvertrags müssen auch für alle Asylbewerber mit hoher Bleibeperspektive und Geduldete zur Verfügung stehen.“

### Betriebe müssen mehr Flüchtlinge einstellen

Derweil fordert der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) von den Arbeitgebern, ihre Zusagen einzuhalten und geflüchtete Menschen schneller in den Arbeitsmarkt einzugliedern. Die Betriebe seien „in der Verantwortung, sich für geflüchtete Menschen zu öffnen“, sagte DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach der Neuen Osnabrücker Zeitung. Dabei habe sie auch diejenigen Flüchtlinge im Blick, „die etwas sperriger sind oder neben der Qualifizierung noch erhöhten Bedarf beim Spracherwerb haben“.

Buntenbach schlug den Betrieben vor, selbst Initiativen zu ergreifen und zum Beispiel Auszubildende beim Deutschlernen zu unterstützen. Dabei könnten sie auf die Unterstützung der Arbeitsagenturen und der Gewerkschaften zählen. „Es wird nicht immer alles glatt laufen bei

der Integration“, sagte die Gewerkschafterin. Es lohne sich jedoch, etwas zu wagen.

Eine im Juli veröffentlichte Umfrage der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hatte ergeben, dass die 30 größten Unternehmen im Deutschen Aktienindex (Dax) nur 54 Flüchtlinge eingestellt haben. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hatte an die Wirtschaft appelliert, mehr dafür zu tun, dass Flüchtlinge in Arbeit kommen. Für Mitte September hat sie die Chefs der größten Konzerne zu einem Gespräch darüber ins Kanzleramt eingeladen.

*Quelle: www.migazin.de 29.8.2016* ■

## Flüchtlingsrat Berlin feiert und fordert

Anlässlich seines 35-jährigen Bestehens feiert der Flüchtlingsrat Berlin e.V. ein politisches Jubiläum und präsentiert seinen Forderungskatalog zu den bevorstehenden Abgeordnetenhauswahlen. Die Lobbyorganisation für Flüchtlinge blickt zurück auf über drei Jahrzehnte Einsatz für den Flüchtlingsschutz in Berlin und legt Forderungen für eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik vor.

Vor den Wahlen zum Abgeordnetenhaus fordert der Flüchtlingsrat Berlin einen überfälligen Paradigmenwechsel in der Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der neue Senat muss bei der Aufnahme Schutzsuchender in Berlin die Wahrung der Menschenrechte und humanitäre Grundsätze in den Mittelpunkt stellen. Der Flüchtlingsrat fordert die Parteien und die neue Landesregierung zu umfassenden flüchtlingspolitischen Verbesserungen auf.

Georg Classen, Sprecher des Vereins, kritisiert: „Die Berliner Politik hat zu menschenunwürdigen Massenunterkünften geführt. Flüchtlinge werden beim Zugang zu Wohnraum, Bildung und Gesundheit massiv diskriminiert. Besonders katastrophal versagt der Senat bei der Versorgung und Betreuung von Kinderflüchtlingen.“

**Der Flüchtlingsrat fordert:**

- Kinderflüchtlinge, unbegleitete Minderjährige und besonders Schutzbedürftige rechtskonform schützen und versorgen!
- Zugang aller Geflüchteten zu Kita, Schule, Hort, beruflicher Qualifizierung, Studium und Arbeit sichern!
- Schließung der menschenunwürdigen Massenunterkünfte im Flughafen Tempelhof und anderswo, Auszug in reguläre Mietwohnungen unterstützen, bezahlbare Wohnungen für Alle bauen!
- Humanitäre Einwanderungspolitik, die alle Möglichkeiten zur Legalisierung, Erteilung und Verlängerung von Aufenthaltserlaubnissen ausschöpft, Bleibeperspektiven für alle!

Im Flüchtlingsrat Berlin arbeiten seit seiner Gründung 1981 Organisationen, Verbände, Beratungsstellen, Flüchtlingsgruppen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen zusammen. Der Verein setzt sich für die Verbesserung der Lebensbedingungen von geflüchteten Menschen und die Wahrung ihrer Menschenwürde ein. Der Verein vernetzt, berät und qualifiziert haupt- und ehrenamtliche Aktive in der Flüchtlingsarbeit. Wesentliche Ziele sind in enger Kooperation mit den Flüchtlingsräten anderer Bundesländer und mit PRO ASYL die Verteidigung des Rechts auf Asyl und Flüchtlingsschutz sowie der Abbau staatlicher Diskriminierung.

*Quelle: www.fluechtlingsrat-berlin.de 7.9.2016* ■

## Dokumentation: Entscheider unter Druck

„Warum sind Sie nach Deutschland gekommen?“ Jeden Tag stellt Jochen Otten diese Frage. Denn Otten ist Entscheider beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Jetzt hängt sein Blick an Abdulahi Mohamed aus Somalia: Otten wartet auf eine Antwort, eine plausible Antwort. Mit Hilfe eines Dolmetschers berichtet der junge Mann, weshalb er Mogadischu verlassen hat. Der Somalier ist einer von Hunderttausenden, die jedes Jahr in Deutschland um Asyl bitten. Beamte wie Jochen Otten entscheiden darüber, ob sie bleiben dürfen. Doch seitdem so viele Geflüchtete kommen, ist die Arbeit der Entscheider härter geworden. Das Bundesamt steht unter massivem Druck: Bis zum Jahresende, so hat es Amtschef Frank-Jürgen Weise versprochen, sollen alle Altfälle bearbeitet sein.

Für ‘Die Story im Ersten’ beobachtete Grimme-Preisträger Michael Richter über Monate exklusiv den Umbau der Riesenbehörde: In den neuen ‘Ankunftszentren’ soll innerhalb einer Woche über Asylanträge befunden werden. ‘Entscheidungszentren’ wurden eingerichtet, Tausende neuer Mitarbeiter eingestellt. Doch einige Hundert mussten bereits wieder entlassen werden – der Umbau verläuft nicht reibungslos.

Noch immer dauern Asylverfahren zu lange, das gibt auch Frank-Jürgen Weise zu. Immer wieder gehen Adressen von Asylbewerbern verloren, Bescheide werden falsch oder gar nicht zugestellt – für Geflüchtete kann das, wie der Film zeigt, dramatische Folgen haben. Auch Hilfsorganisationen fordern seit langem, dass die Bearbeitung der Anträge beschleunigt werden müsse. Doch so, wie das Verfahren jetzt von statten geht, befürchten Kritiker, dass viele Einzelfälle nicht ausreichend geprüft werden.

Für die ARD-Dokumentation ‚Entscheider unter Druck′ gewährt das Bundesamt exklusiv Einblicke in sein Innenleben. Zum ersten Mal überhaupt durfte ein Kamerateam bei den Planungen im engsten Führungszirkel filmen. Über mehrere Wochen beobachtete Autor Michael Richter Entscheider bei ihrer Arbeit und sprach mit ihnen über die Herausforderungen, die es bedeutet, jeden Tag Schicksal spielen zu müssen. Der Film zeigt aber auch, was es für Geflüchtete bedeutet, mitunter jahrelang auf eine Entscheidung warten zu müssen, über ihre Zukunft in Deutschland.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (44 Min., NDR/ARD 2016)
Buch/Regie: Michael Richter
Redaktion: Christoph Mestmacher
Produktion: PIER 53 Filmproduktion

*Quelle: http://www.pier53.de/dokumentation/entscheiderunterdruck* ■

## Geplant: Kürzungen für traumatisierte Flüchtlinge

Am Donnerstag, 08.09.2016, wird im Bundestag der Haushalt des Bundesministeriums für Familie, Frauen, Senioren und Jugend (BMFSFJ) beraten. Im Haushaltsplan für das Jahr 2017 ist derzeit keine Unterstützung der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer vorgesehen. Das Wegfallen der Förderung, die erst im Jahr 2016 gestartet wurde, würde für die Psychosozialen Zentren erhebliche Folgen haben.

Viele Geflüchtete sind durch Erlebnisse von Folter, anderer Formen von Gewalt oder Krieg sowie langandauernder Flucht schwer traumatisiert. Sie benötigen spezialisierte psychosoziale Betreuungs- und Behandlungsangebote – die bislang fast ausschließlich von den Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (PSZ) angeboten werden. Die Finanzierung dieser Zentren erfolgt größtenteils mithilfe von Spenden und Projektmitteln und ist grundlegend unzureichend für den großen Bedarf an Unterstützung von Seiten der traumatisierten Flüchtlinge. Eine Hilfe schaffte das Bundesfamilienministerium, indem sie für das Jahr 2016 drei Millionen Euro in den Ausbau der Psychosozialen Zentren investierte. Doch für 2017 ist dieses Geld im Bundeshaushalt bereits nicht mehr vorgesehen.

Die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer (BAfF e.V.) kritisiert, dass die Kürzung der Finanzierung der PSZ im Jahr 2017 weitreichende Auswirkungen auf die Basisversorgung von traumatisierten Geflüchteten haben wird. Es ist nicht nachzuvollziehen, dass in Zeiten dieses großen Bedarfs an psychosozialer Unterstützung, Beratung und Therapie die Finanzierung der Behandlungszentren nicht fortgesetzt wird. Dabei hatte Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig erst im Juni erklärt, wie wichtig die Beratung und Betreuung für traumatisierte Geflüchtete in den Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer ist – auch um eine gute Integrati-

on zu ermöglichen. Dies wird mit dem plötzlichen Wegfall der Finanzierung aufs Spiel gesetzt.

Die BAfF fordert das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend auf, die Finanzierung der Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge 2017 fortzusetzen und dadurch die Fortführung der Behandlung für traumatisierte Geflüchtete zu ermöglichen. Der Wegfall der Bundeszuwendungen würde für viele Zentren erhebliche Einschnitte mit sich bringen und einen großen Schritt zurück bedeuten: Eingestellte und eingearbeitete PsychotherapeutInnen und SozialarbeiterInnen müssten wieder entlassen werden, die Weiterbehandlung von Traumatisierten kann nicht gewährleistet werden und die Gesamtzahl an Behandlungs- und Betreuungsangeboten sinkt erheblich. Von diesen drohenden Einschnitten ist gleichermaßen die BAfF betroffen, die durch ihre Aktivitäten die gute Arbeit der Zentren mit ermöglicht.

*Quelle: Bundesweite Arbeitsgemeinschaft Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer – BAfF e.V. 07.09.2016* ■

## Diskriminierungsopfer zum Umzug gezwungen

**Flüchtlingsrat verurteilt antiziganistische Vorfälle in Langenargen**

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg beobachtet mit großer Sorge, wie Flüchtlinge aus Westbalkanstaaten immer wieder zum Ziel von Diskriminierung und Antiziganismus werden. Wie die Baden-Württembergische Beratungsstelle für Betroffene von rechter Gewalt „Leuchtlinie" in den vergangenen Tagen berichtet, wurde eine fünfköpfige Flüchtlingsfamilie aus Serbien systematisch aus der Anschlussunterbringung in einem Wohnhaus in Langenargen am Bodensee vertrieben.

Die Stuttgarter Beratungsstelle stellte vor Ort fest, dass Nachbarn aus dem gleichen Haus bei jeglichem Anlass Streit vom Zaun gebrochen haben. Dabei wurden auch gezielt antiziganistische Beleidigungen ausgesprochen und selbst vor Drohungen nicht Halt gemacht. Die landesweite Fach- und Koordinationsstelle von „Leuchtlinie " nahm den Fall in ihr Monitoring rechtsmotivierter Gewalttaten in Baden-Württemberg auf.

Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg beklagt einen deutlichen humanitären Klimawandel für Roma-Flüchtlinge seit der Einstufung der Westbalkanstaaten als so genannte „Sichere Herkunftsstaaten". Nicht zuletzt tragen jene Politikerinnen und Politiker Mitverantwortung, die in „gute" und „schlechte" Flüchtlinge einteilen und Asylsuchende aus „Sicheren Herkunftsstaaten" als „Wirtschaftsflüchtlinge" oder Ähnliches diffamieren.

„Jede und jeder Geflüchtete hat das Recht auf ein faires und unvoreingenommenes Asylverfahren", betont Jürgen Weber, Sprecherratsmitglied des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg. In diesem Zusammenhang kritisiert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg das Amt für Migration und Integration des Bodenseekreises. Dieses hatte mit Schreiben vom 18. Juli 2016 versucht, bei der Entscheidung über das Asylverfahren Einfluss auf das Verwaltungsgericht Sigmaringen zu nehmen. „Damit Spannungen und Probleme gelöst werden können", zitiert Dr. Jochen Kramer von „Leuchtlinie" aus dem Brief aus dem Landratsamt.

Seit Montag, 29. August 2016, wurden die Diskriminierungen gegen die Familie von der Gemeinde Langenargen durch Umsiedlung der Roma-Familie aus dem Wohnhaus in eine Notunterkunft für Obdachlose beendet. Unter den Gesichtspunkten der Integration stellt dieser Umzug jedoch ein deutlicher Rückschritt für die betroffene Familie dar, wie der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg findet.

„Dass die Verfolgung, Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma in den Balkan-Staaten, die ihnen jegliche Zukunftsperspektive verbauen, hierzulande nicht als Asylgründe anerkannt werden, ist an sich schon ein Skandal. Absolut beschämend ist, dass Menschen, die vor antiziganistischer Diskriminierung fliehen, auch hierzulande diskriminiert und angefeindet werden. Dieser Staat und diese Gesellschaft haben einen blinden Fleck beim Thema Antiziganismus, und darunter leiden Menschen wie diese Familie in Langenargen. Alle staatlichen Stellen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene müssen Probleme dieser Art ernst nehmen", so Seán McGinley, Geschäftsführer des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg.

*Quelle: http://fluechtlingsrat-bw.de 2.9.2016* ■

## „Weder verhältnismäßig noch der Integration förderlich"

**Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt appelliert an Innenministerium: Wohnsitzauflagen verletzen Recht auf Freizügigkeit und erschweren Integration**

Mit dem sogenannten Integrationsgesetz ist am 6.8.2016 auch die darin enthaltene Wohnsitzregelung in Kraft getreten. Danach sollen anerkannte Geflüchtete für drei Jahre in dem Bundesland wohnen müssen, dem sie zur Durchführung ihrer Asylverfahren zugeteilt wurden. Damit wird anerkannten Flüchtlingen das Recht auf Freizügigkeit verwehrt. Aufgrund der Verlautbarung von Innenminister Holger Stahlknecht nach einem Treffen mit den Landrät*innen, man sei sich einig über eine Wohnsitzauflage, fordert der Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt: „Das kommunale Interesse der Planbarkeit darf nicht schwerer wiegen als das Grundrecht auf Freizügigkeit."

Die Landesregierungen können selbst entscheiden, ob und wie sie die Wohnsitzauflage anwenden werden. Der Flüchtlingsrat appelliert an das Land Sachsen-Anhalt, dem Beispiel Rheinland-Pfalz zu folgen und die Einführung der Wohnsitzauflage grundlegend abzulehnen. Auf keinen Fall sollte eine weitere Einschränkung der Wohnsitzauflage auf einzelne Kommunen oder Landkreise in Sachsen-Anhalt erfolgen.

Besonders erschreckend an der neuen Regelung ist, dass sie rückwirkend zum 1. Januar 2016 gilt. „Es ist für die Betroffenen unzumutbar und integrationspolitisch absurd, anerkannte Flüchtlinge, die in anderen Orten z.T. bereits in Wohnungen leben und dabei sind, sich ein Netzwerk aufzubauen, rückwirkend zurückzuschicken. Wir hören aktuell von ersten Betroffenen, die gezwungen werden, zurück nach Sachsen-Anhalt zu ziehen, wo sie wieder von vorn beginnen müssen.", stellt Stefanie Mürbe, Sprecherin des Flüchtlingsrates, fest. Mürbe meint weiter: „Außerdem müssen sie dann oft erst einmal in Sammelunterkünfte ziehen, da nicht überall Wohnungen einfach verfügbar sind – nicht zuletzt aufgrund rassistischer Vorbehalte von Vermietung oder Anwohner*innen".

Der Flüchtlingsrat appelliert an das Innenministerium, von der im Gesetz verankerten Härtefallregelung Gebrauch zu machen und die Ausländerbehörden anzuweisen, auf die rückwirkende Anwendung zu verzichten. Wie das niedersächsische Innenministerium in seinem Erlass vom 31.8.2016 deutlich gemacht hat, bedeutet die rückwirkende Anwendung der Wohnsitzverpflichtung eine unzumutbare Einschränkung und ist „weder verhältnismäßig noch der Integration förderlich".*

Wenn tatsächlich die Integration in den Arbeitsmarkt gefördert werden soll, dann müssen Spielräume genutzt werden. Es ist erwiesen, dass viele Geflüchtete über Netzwerke Arbeitsstellen finden. „Wenn eine Person mit abgeschlossenem Studium mehrmals einen Praktikumsplatz nicht antreten kann, weil die Ausländerbehörde aufgrund der Wohnsitzauflage die Zustimmung verweigert, werden Chancen verbaut.", so Stefanie Mürbe.

Statt sich immer neuer Sanktionen und bürokratischer Hürden zu bedienen, sind Land und Kommunen gefordert, attraktive Bedingungen und Perspektiven zu schaffen, damit Menschen hier selbstbestimmt leben wollen und können. Davon können in einem Bundesland mit stetiger Abwanderung alle profitieren.

*Quelle: Pressemitteilung Flüchtlingsrat Sachsen-Anhalt 7.9.2016* ■

# Amnesty: Länderberichte zu Flucht

**Griechenland** „Refugees at risk in Greece“
Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat einen Bericht zur Situation von Asylsuchenden in Griechenland vor dem Hintergrund der Schließung der Grenze zu Mazedonien und des EU-Türkei-Abkommens erarbeitet. Das Fazit: Das griechische Asyl- und Aufnahmesystem ist nach wie vor überlastet, dessen strukturelle Probleme sind weiterhin ungelöst. Es geschehen weiterhin Inhaftierungen von Asylsuchenden unter anhaltend unzureichenden Bedingungen; angemessene Aufnahmebedingungen für unbegleitete Minderjährige existieren nicht <http://www.ecoi.net/de/document/325318>.

**Italien** „Zur aktuellen Situation von Asylsuchenden und Schutzberechtigten, insbesondere Dublin-Rückkehrenden in Italien“

Aus Sicht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe bestehen nach wie vor systemische Mängel im italienischen Aufnahmesystem für Asylsuchende und Schutzberechtigte. Italien verfügt nicht über ein kohärentes, umfassendes und nachhaltiges Aufnahmesystem. Insbesondere die Unterbringungssituation ist problematisch. Eine Aufnahme und der Zugang zum Asylverfahren sind nicht immer gewährleistet und basieren oftmals auf kurzfristigen Notfallmaßnahmen. Die Schnittstellen zwischen den verschiedenen Akteuren funktionieren schlecht; häufig ist es von Zufälligkeiten abhängig, ob eine Person an die zuständige Stelle beziehungsweise in die vorgesehene Unterbringungsstruktur weitervermittelt wird. Dies führt teilweise dazu, dass Personen ohne Unterstützung obdachlos werden. Diese Feststellung gilt sowohl für Asylsuchende als auch für Personen, die bereits einen Schutzstatus in Italien haben. Ein großer Teil an Unterstützungsleistungen, die dem Staat obliegen würden, wird von NGOs wahrgenommen. Damit verletzt Italien seine Verpflichtungen, die sich aus den EU-Richtlinien und dem Völkerrecht ergeben.

**Bulgarien** „Die Situation für Flüchtende in Bulgarien im Kontext der Schließung des ‘humanitären Korridors’ „

Der Bericht von „Moving Europe“ beschäftigt sich mit der Situation für Flüchtende in Bulgarien, die sich nach wie vor als äußerst schwierig darstellt. Weder sehen viele der Betroffenen Zukunft im Land, noch wird diese durch den bulgarischen Staat organisiert. Wenn sich dies in Zukunft nicht ändert, werden die Menschen weiterhin aus Bulgarien in die angrenzenden Länder weiter fliehen. Aus diesem Grund wäre es wichtig, dass der bulgarische Staat nicht nur in Grenzsicherung investiert, sondern Programme entwirft, die nachhaltig dafür sorgen, dass die Zukunft von Menschen die sich auf der Flucht befinden gewährleistet ist. Die (migrations-)politische Situation in Bulgarien stellt sich häufig als sehr komplex, undurchsichtig und meist negativ dar. Dennoch versuchen immer wieder Menschen im Land, sich solidarisch mit Geflüchteten zu zeigen und eine andere Politik als der rechte Mainstream zu verfolgen. Hier wurde es sich lohnen, weitere Kontakte und Vernetzungsstrukturen mit aufzubauen und auch finanziell zu unterstützen.

Ergänzend hierzu die Anfragebeantwortung von ACCORD zu den „Konsequenzen für einen in Bulgarien subsidiär („humanitär“) Schutzberechtigten bei Rücküberstellung“. Vor dem Hintergrund der krisenhaften sozio-ökonomischen Situation in Bulgarien, die auch die einheimische Bevölkerung betrifft, ist mit einer Besserung der Lage von Flüchtlingen nicht zu rechnen. Kein Flüchtling hat in Bulgarien eine reelle Chance, sich ein Existenzminimum zu schaffen. Die Rückführung von Personen, die in Bulgarien einen Status erhalten haben, verstößt in der Regel gegen Art. 3 EMRK und auf nationaler Ebene gegen § 60 (5) AufenthG. Bei kranken und vulnerablen Personen liegt daneben eine erhebliche konkrete Gefahr im Sinne von § 60 (7) 1 AufenthG vor.

**Serbien** „Psychiatrische Behandlung für Roma – Auskunft der SFH-Länderanalyse“
Dieser aktuelle Bericht der Schweizerischen Flüchtlingshilfe zeigt einmal mehr auf, dass der Zugang zu medizinischer, insbesondere psychiatrischer Behandlung für Roma noch immer erschwert ist durch Diskriminierungen durch Personal in medizinischen Einrichtungen, durch Hindernisse beim Zugang zu Gesundheitsdiensten, Krankenversicherungsschutz oder Sozialhilfe wegen fehlender Registrierung und Korruption

**Afghanistan** „Kein sicheres Herkunftsland für Flüchtlinge“
Die von PRO ASYL aktuell herausgegebene Recherche zur politischen und ökonomischen Situation, zur Sicherheitslage und der Situation der Flüchtlinge zeigt klar und deutlich: Die katastrophale Sicherheitssituation in Afghanistan sowie die desolate politische und ökonomische Lage gebieten es, afghanischen Flüchtlingen in Deutschland dauerhaft Schutz zu gewähren. Einzelpersonen haben ohne familiäre oder freundschaftliche Netzwerke in Afghanistan kaum eine Überlebenschance, da sie keine staatliche Unterstützung erhalten. Dennoch will der Bundesinnenminister afghanische Flüchtlinge im Asylverfahren vermehrt ablehnen und möglichst schnell abschieben. Seit Herbst 2015 diskreditiert Bundesinnenminister de Maizière in der Öffentlichkeit die Fluchtgründe von Afghan*innen – ungeachtet der seit Jahren hohen Anerkennungsquoten in den Asylverfahren und der sich auch im letzten Jahre weiter verschlechternden Sicherheitslage im Land. PRO ASYL fordert die sofortige Aussetzung aller Abschiebungen nach Afghanistan und ein Bleiberecht für die Betroffenen.
Unter /https://www.proasyl.de/hintergrund/hinweise-fuer-afghanische-fluechtlinge-und-ihre-beraterinnen//findet Ihr Hinweise und Tipps zur momentanen Entscheidungspraxis des BAMF und zu den Chancen, als afghanischer Flüchtling Schutzstatus zu bekommen.

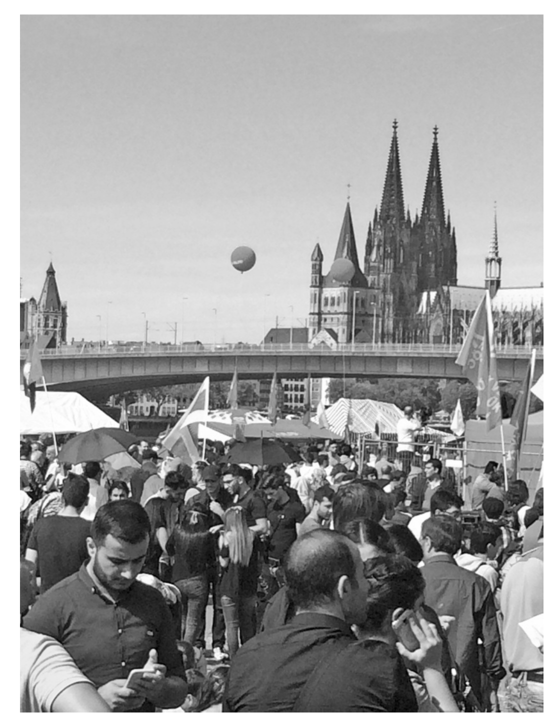
*Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. 31.08.2016* ■



Am Sonntag, den 11. September wurde in der ehemaligen NS-Ordensburg Vogelsang in der Eifel das neue Besucher- und Ausstellungszentrum „Forum Vogelsang IP“ eröffnet (im Bild rechts). Mit einer Dauerausstellung soll an diesem Ort der Täter die Auseinandersetzung über die Kaderschule der NSDAP geführt werden. Dazu ist auch ein neuer Bildband „Bestimmung: Herrenmenschen“ erschienen.
www.vogelsang-ip.de

*jöd* ■

## 30.000 bei kurdischer Friedenskundgebung in Köln/Deutz






Auf Interventionen vom Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV), des Innenministers von NRW sowie des Kölner Polizeipräsident Jürgen Mathies Druck sagte das rheinEnergie-Stadion den Veranstaltern des 24. Internationalen Kurdischen Kulturfestivals ab. Stattdessen begingen am 3.9.2016 etwa 30.000 Kurdinnen und Kurden ihr großes Fest als Kundgebung in Köln/Deutz. Fotos: J.D.

# Zahlreiche kurdische Kommunen unter Zwangsverwaltung gestellt

Die Angriffe und Repressionen der autoritären AKP-Regierung gegen die kurdische Bevölkerung erreichen eine neue Stufe. Insgesamt 24 kurdische Stadtverwaltungen wurden am 11. September durch das AKP-Regime unter Zwangsverwaltung gestellt. Betroffen sind unter anderem die Provinzverwaltungen von Elîh (Batman) und Colemêrg (Hakkari), sowie zahlreiche Kreisstädte in den Provinzen Amed (Diyarbakir), Mêrdîn (Mardin) und Wan (Van). Die erste „Amtshandlung" der AKP-Bürokraten, die mit der Maßnahme die kurdischen Stadtverwaltungen übernahmen, bestand an vielen Orten darin, die türkische Fahne an den Fassaden der Rathäuser aufzuhängen.

Am Nachmittag nach der Verkündung zur Vollstreckung der Zwangsverwaltung gingen in den kurdischen Orten, die von der Maßnahme betroffen waren, tausende Menschen auf die Straßen, um gegen die Entscheidung der Regierung zu protestieren. Vielerorts wurden die Proteste von den türkischen Staatskräften angegriffen und es kam zu schweren Auseinandersetzungen. Während auch die Stadtverwaltung von Cizîr (Cizre) unter Zwangsverwaltung gestellt wurde, ist die gewählte Ko-Bürgermeisterin der Stadt Leyla Imret festgenommen worden. Auch im Westen der Türkei wurden vier Stadtverwaltungen unter Zwangsverwaltung gestellt. Ihnen wird die Nähe zur Organisation von Fethullah Gülen vorgeworfen.

### HDP: Bevölkerung wird sich hinter die legitimen BügermeisterInnen stellen

In einer ersten schriftlichen Erklärung reagierte der Parteivorstand der HDP mit scharfer Kritik auf die Maßnahme des AKP-Regimes. „Zwischen der Geisteshaltung der Putschisten, die am 15. Juli das türkische Parlament, also die Repräsentanz des Volkswillens, bombardiert haben, und der Geisteshaltung, die hinter der Übernahme der demokratisch gewählten Stadtverwaltungen per Zwangsverwaltung steht, sehen wir keinen Unterschied", heißt es unter anderem in der Erklärung der HDP. Bei den betroffenen kurdischen Stadtverwaltungen handele es sich ausschließlich um Orte, in denen die kurdischen Ko-Bürgermeister mit einem Stimmanteil von 65% bis 95% bei den Kommunalwahlen 2014 gewählt wurden. Die Haltung der Regierung werde letztendlich nur dazu führen, dass sich die Probleme in den kurdischen Stadtverwaltungen weiter vertiefen und die Lösung der kurdischen Frage noch weiter in die Ferne rückt.

„Doch die Bevölkerung wird sich hinter die BürgermeisterInnen und die Stadtverwaltungen stellen, die sie selbst gewählt haben", erklärt die HDP und ruft die türkische Regierung dazu auf, diesen fatalen Schritt umgehend rückgängig zu machen.

*Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit, 11.09.2016* ■

**Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:**
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

**Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten:** Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Ulrike Bach, Edith Bergmann, Christoph Cornides – Förderverein Antifaschistische Nachrichten ; Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Veranstaltungsreihe Oktober und November 2016

# Vor 80 Jahren:

## Der Spanische Bürgerkrieg 1936 - 1939 und die Gründung der Internationalen Brigaden



Fahne der Zweiten Spanischen Republik 1931 – 1939

Vorträge Diskussionen Musik Filme Lesungen Studienfahrt Diskussionen Filme Lesungen Filme Vorträge Studienfahrt Musik Ausstellungen

in Aachen

Eine Veranstaltungsreihe von:











Nähere Informationen unter: https://aachen.vvn-bda.de und https://vhs-aachen.de

**Veranstaltungen zum Spanischen Bürgerkrieg**

| | |
|---|---|
| 01.10.2016 | **Lüttichs spanische Adoptivkinder** *Studienfahrt nach Lüttich* |
| 05.10.2016 | **Brigadistas** *Dokumentarfilm* |
| 12.10.2016 | **NO PASARAN** *Dokumentarfilm* |
| 17.10.2016 | **Blutorangen** *Lesung* |
| 25.10.2016 | **1936: Bürgerkrieg in Spanien – Ursachen, Verlauf, Folgen** *Workshop* |
| 28.10.2016 | **Madrid before Hanita – 300 Juden gegen Franco** *Dokumentarfilm* |
| 03.11.2016 | **Unversöhnliche Erinnerungen** *Dokumentarfilm* |
| 06.11.2016 | **Leben und Sterben im Spanischen Bürgerkrieg** *Lesung mit Musik* |
| 15.11.2016 | **Hubert Ramm – Bert Ramin. Ein Aachener bei den Internationalen Brigaden** *Vortrag* |
| 17.11.2016 | **Der „Pakt des Schweigens“ und die Auswirkungen auf die aktuelle Politik in Spanien** *Begegnung mit Mandatsträgern von PODEMOS* |
| 19.11.2016 | **Was bedeutet heute noch der Slogan „Hoch die internationale Solidarität“?** *Fest, Kabarett und Gespräche* |
| 22.11.2016 | **NO PASARAN** *Dokumentarfilm* |

**Ausstellungen**

| | |
|---|---|
| 17.10. – 18.11.2016 | **Gräber öffnen – Würde wiedererlangen**<br>**Exhumando fosas – recuperando dignidades** |
| 27.10. – 25.11.2016 | **Ein voller Erfolg für die Luftwaffe –**<br>**Die Vernichtung Guernikas** |

# Weltsozialforum in Montreal:

## Ein schöner Erfolg trotz zahlreicher Hürden

*Das Weltsozialforum (WSF), das von 9-14. September in Montreal in Kanada stattfand, war ein Erfolg – trotz zahlreicher Hürden. 35 000 TeilnehmerInnen und weit mehr als 1000 Veranstaltungen können sich sehen lassen.*

Ein WSF erstmals im „Norden“ zu machen war zweifelsohne ein Wagnis: Reisekosten, teurere Unterkünfte als im „Süden“ und im „Osten“, politische Barrieren – etwa durch Visa-Verweigerung der kanadischen Behörden. Ein sehr kompetentes junges Vorbereitungsteam vor Ort konnte die meisten dieser Schwierigkeiten meistern. Und es gilt unmissverständlich zu sagen: zumindest EINMAL muss es möglich sein, ein WSF auch in einem imperialistischen Land durchzuführen – es gilt ja auch hier die Menschen für den Kampf gegen das mörderische kapitalistische System zu gewinnen! Der Bogen der Veranstaltungen (Seminare, Konvergenz-Treffen, große Konferenzen, … kulturelle Events) war extrem breit, umfasste alle wichtigen Fragen: von den diversen – kombinierten – Krisen des Kapitalismus über die anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA (die Kampagne von Bernie Sanders!), Flüchtlinge, Frauen, Ökologie bis hin zu den aktuellen Kriegen, ob im Nahen Osten oder in der Ukraine. Das Klima in den meisten Veranstaltungen war konstruktiv – nicht wenige TeilnehmerInnen (vor allem aus Kanada) wurden zum ersten Mal mit den hier angeschnittenen Fragen in dieser Fundiertheit konfrontiert. Im Folgenden eine kleine Auswahl der interessantesten Veranstaltungen.

### ERÖFFNUNGSDEMO

Bereits die Eröffnungsdemo war spektakulär. Rund 20 000 TeilnehmerInnen zogen vom Park La Fontaine ins Zentrum der Stadt. Unter ihnen: StahlarbeiterInnen aus Toronto (also aus dem mehrheitlich englischsprachigen Teil Kandas), UmweltschützerInnen, NGOs wie Attac oder Friends of the Earth, linke AktivistInnen verschiedenster politischer Strömung, und, und, und. Bei der Abschlusskundgebung traten VertreterInnen indigener Völker auf und es wurde der vor kurzem ermordeten honduranischen Menschenrechtsaktivistin Berta Caceres gedacht.

### CHINA

Drei ProfessorInnen von chinesischen Universitäten (Beijing und Hongkong) gaben eine kritische Beschreibung der aktuellen Situation in China. Sie erwähnten die enormen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme, die das Land nach dem „Öffungsprozess“ in den letzten Jahrzehnten erfährt. Ihre zentrale Antwort auf auf die gegenwärtige Lage war „Wiederbelebung des ländlichen Bereichs“. Sie berichteten über die „countryside recovery movement“ und gaben konkrete Beispiele für die Tätigkeit dieser Bewegung, der sie angehören: Erziehungs- und kulturelle Projekte, Studien, internationale Kontakte. Der bekannte ägyptische Sozialwissenschafter Samir Amin etwa nahm an einer ihrer Konferenzen teil.

In der Diskussion warf ich zwei Fragen auf: 1) Die enorme „Ausdehnung des Kapitalismus in China“ (Originalton der drei Professorinen) wird von einer Partei praktiziert, welche den Kommunismus auf ihre Fahnen schreibt – dieser Widerspruch sollte tiefer analysiert werden. 2) Die strukturelle Verbesserung der Situation ist absolut notwendig – aber was ist die Strategie der „countryside recovery movement“ für die Städte und das gesamte Land?

Um ehrlich zu sein: die erste Frage wurde schlicht umgangen. Die zweite wurde nur äußerst ungenügend beantwortet: ja, Kontakte zu den Millionen „WanderarbeiterInnen“, die vom Land kommen und in den Städten oft unter erbärmlichen Bedingungen leben sind notwendig, es gibt sogar ein Museum von ihnen, manche von ihnen sind Poeten etc.

Ich hatte in keiner Weise den Eindruck, dass hier eine köhärente Position entwickelt wird, die die zahllosen Aktivitäten und Kämpfe auf dem Land und in den Städten kombiniert.

### FRIEDEN

Unter dem Titel „Endloser Krieg: Ist das der Beginn eines dritten „Weltkriegs“?“ veranstaltete transfom! ein Seminar. Einleitende Statements gab es u.a. von den SozialwissenschaftlerInnen Phyllis Bennis und Gilbert Achcar, dem Friedensaktivisten Reiner Braun und dem Europaabgeordneten der deutschen Linkspartei Helmut Scholz.

Die Seminar war durch zwei Schwerpunkte gekennzeichnet: a) theoretische Erfassung der gegenwärtigen Periode, der Natur ihrer Kriege, die Unterschiede zur früheren „bipolaren“ Weltordnung; b) Stand der gegenwärtigen Anti-Kriegsaktivitäten und die Notwendigkeit einer – erneuerten – globalen Friedensbewegung.

Naturgemäß gab es beim ersten Punkt unterschiedliche Einschätzungen. Gilbert Achcar brachte wichtige Differenzierungen ein, etwa die – oft umschiffte – Tatsache, dass es sich bei den BRICS-Staaten um keine einheitliche politische Formation handelt oder, dass das heutige Rußland in keiner Weise mit der ehemaligen nichtkapitalistischen Sowjetunion verglichen werden kann.

Etliche TeilnehmerInnen unterstrichen die Notwendigkeit einer unabhängigen Friedensbewegung, also einer, die sich nicht in eine fatale „Lager“-Logik pressen lässt: nach dem Motto, wenn ich den US-Imperialismus und die Nato bekämpfe, muss ich mit Putin & Co. in einem Boot sein…

### ZUKUNFT DES WSF

Wenn solidarische Kritik angebracht ist, dann vor allem zu einem Punkt: wie schon so oft gelang es nicht, sich schließlich auf ein, zwei zentrale Thematiken zu verständigen, die kampagnenmäßig global VON ALLEN GRUPPIERUNGEN GEMEINSAM umgesetzt werden. Dieses Manko war auch im Internationalen Rat des WSF zu spüren, der gleich im Anschluss an das WSF tagte. So konnte zwar nach langem – fomalen – Hin und Her eine Verurteilung des „kalten Putsches“ in Brasilien durch eine Vielzahl von Organisationen erreicht werden, für die Organisierung konkreter Aktionen gegen den Putsch blieb jedoch keine Zeit mehr übrig.

Der nächste Internationale Rat wird – aller Voraussicht nach – im kommenden Januar in Porto Alegre in Brasilien zusammenkommen. Bis dahin und während seiner Tagung wird es einer gründlichen Debatte bedürfen, wie das WSF wieder kollektiver AKTEUR werden kann.

*Hermann Dworczak* ■

**Liebe Abonnentinnen und Abonnenten,**
**Mit der Nr. 21 werden die Antifaschistischen Nachrichten Mitte Oktober das Erscheinen einstellen. Auch nach intensiver Diskussion mit dem Herausgabekreis wurde keine andere Lösung gefunden. Der Verlag gibt seinen Geschäftsbetrieb in Köln zum 30. Oktober auf. Wir bedanken uns für die jahrelange vertrauensvolle Zusammenarbeit.**

***Redaktion und Verlag***

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, IBAN DE 95 3701 0050 0010 4195 07, BIC PBNKDEFF370